

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Käfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenstellen: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergeschaltete Zeitzeile oder deren Raum 60 Pf.
Vergnügungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pf.
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

Die Christen in Not.

n. Jüngst ist der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften versammelt gewesen, bei welcher Gelegenheit Generalsekretär Stegerwald Anweisungen gab über die nächsten Aufgaben des Gesamtverbandes und der einzelnen Verbände, insbesondere hinsichtlich der Agitation. „Die allgemeine Situation“, so ließ der Herr Generalsekretär sich vernehmen, „ist gegenwärtig wieder der sozialdemokratischen Agitation günstig, wie überhaupt die deutschen Verhältnisse der sozialdemokratischen Propaganda sehr in die Hände gebracht haben. Die letzten 25 Jahre deutscher Geschichte stellen ein materialistisches Zeitalter dar. In welten Volkschichten konnte das Fehlen jedweden religiösen Fonds beobachtet werden. Dazu kommt die schnelle Wirtschaftsentwicklung, die Zusammenwirklung des Volkes in Großstädten und Industriezentren, der sprichwörtlich gewordene deutsche Kastenzustand der Bildungsschicht und der bestehenden usw. Die lehren Tatsachen bewirkten ein übermäßiges Klassenempfinden bei den Arbeitern. In solcher geistigen Atmosphäre wirkte das von der Sozialdemokratie aufgestellte Gesellschafts- und Wirtschaftsideal doppelt stark auf die Massen ein, zumal die materialistische Geschichtsauffassung ihm einen „wissenschaftlichen Halt“ zu bieten schien. Massenarmut auf der einen, überhandnehmender Egoismus auf der anderen Seite wirkten mit, den Klassenkampf als das Mittel der Erlösung erscheinen zu lassen. Gegenüber diesen extremen Bestrebungen, denen eine Überschätzung der Macht der Lohnarbeiter zugrunde liegt, muß die christliche Arbeiterbewegung in den Köpfen der Arbeiter in geistigerem Maße den Sinn für die Wirklichkeit zu wenden suchen. Diese wird das sozialistische Gebäude über den Haufen.“

Herr Stegerwald redete dann noch in andererlei von „über Spanneter Demokratie“, die zur Demagogie führe; von Mängeln an „Willensstärke und Pflichtbewußtsein“, der sich der Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung entgegenstelle; von der „starken Klasse im Kampfe“, deren Anhänger „außerhalb der schaffenden Welt“ und was derart weisheitsvolle Offenbarungen, wie man sie an Herrn Stegerwald gewohnt ist, mehr sind. Lassen wir das Vergnügen, sich daran zu erinnern, den christlichen Arbeitern, deren „Sinn für die Wirklichkeit“ weit genug entwickelt scheint, derartiges Kauderwelsch zu begreifen. Begnügen wir uns mit der Feststellung der Tatsache, wie sie aus den oben wiedergegebenen Säben hervorgeht, daß die christlichen Gewerkschaften durch ihren Generalsekretär ihre Bedrängnis offen kundgegeben. Und sie waren doch — wenns auch schwer fiel — mit der Zeit so bescheiden geworden. Die stolzen Hoffnungen ihrer ersten Jahre, bald unseren Organisationen gleich oder über zu sein und damit die Führung der deutschen Arbeiterbewegung übernehmen zu können, haben sie längst aufgegeben; sie stellten, als sie im Weltbewerb mit den freien Gewerkschaften immer weiter zurückblieben, einen Pflock nach dem anderen zurück; immer bescheidener wurden ihre Ansprüche, und jetzt müssen sie zugeben, daß ihre Erfolge selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurückbleiben, daß der Sozialdemokratie, daß unseren, nicht den christlichen Gewerkschaften die Saat zu fällt, die auf dem Felde der wirtschaftlichen Entwicklung spricht.

Herr Generalsekretär Stegerwald kommt nicht auf die Frage, ob die christlichen Gewerkschaften auf dem falschen Wege und daraus ihre Misserfolge zu erklären seien. Eine solche Frage scheidet für große Geister, wie sie im christlichen Lager nun einmal vorhanden sind, selbstverständlich aus. Wenn von acht Arbeitern, die den Willen haben, sich zu organisieren, sich sieben unserer Verbänden anschließen und einer zu den Christlichen geht, dann sind nicht jene sieben, sondern es ist dieser eine auf dem richtigen Wege. Dieser eine ist der Mann mit „Sinn für die Wirklichkeit“, die anderen sind Phantasten, Narren, Dummköpfe, da sie ihr Geld, ihre Zeit einer Organisation opfern, die, wie uns Herr Generalsekretär Stegerwald lehrt, aus Unfähigkeit und Unfruchtbarkeit zusammengekehrt ist. Uns wundert nur noch, daß Herr Stegerwald nicht schon längst an der deutschen Arbeiterklasse, die ja seiner Meinung nach zu sieben Achtern aus einsichtlosen Trotzeln besteht, irre geworden ist und sie ihrem Geschick, ins sozialdemokratische Lager zu treiben, überläßt, da an diesem Geschick aller Voransicht nach nun doch mal nichts zu ändern ist.

Mit noch ärgerem Gestöhnen als Herr Stegerwald läßt sich die treue Gehilfin der christlichen Gewerkschaften, die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ aus M.

Gladbach über die vermaledeite Sozialdemokratie aus, die im Begriff ist, die christliche Arbeiterbewegung zu erdrücken. Man höre die betrübten Lohngerber aus M. Gladbach, wie sie jammern, daß ihnen die Felle weggeschwommen sind.

„Manches haben wir schon durchgelaufen, manches, die Entschuldigung vielleicht steht uns noch bevor. Die Organisationsgruppen haben sich zahlmäßig ja so ungleich entwickelt. Von 1900 bis 1909 ist der Mitgliederbestand der gewerkschaftlichen Organisationen um volle anderthalb Millionen gestiegen. Von diesem Zuwachs eines Jahrzehnts entfallen allein auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften 1 152 240, auf die anderen Gruppen 800 000. Genug: Heute steht die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung wie ein drohendes Unwetter vor uns. Und die Zahl ihrer Anhänger und ihr Verhalten allerwegen hämmert es uns tausendfach in die Seele ein: Christlichen Arbeiter haben alles zu verlieren, wenn es uns nicht gelingt, den Menschen neben uns in Schach zu halten. . . . Wir haben diese Mission zu erfüllen im Interesse einer freien Arbeiterbewegung, im Interesse einer ruhigen Entwicklung unserer gewerblichen, sozialen und, wie die Dinge nun einmal liegen — auch unserer politischen Verhältnisse. Wir können es, wenn alle, die zu uns gehören, sich endlich ernennen würden. Noch ist es Zeit, aber auch höchste Zeit!“

Die M.-Gladbacher, denen außerdem noch im eigenen Lager, durch die von den Bischofsen begonnerten Fachabteilungen das Leben sauer gemacht wird, sehen im Geiste ihre Schöpfung, die christlichen Gewerkschaften, von der anstürmenden roten Flut verschlungen, wenns nicht bald anders wird. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ lehnt es ab, den Ursachen nachzugehen, von denen es hüben und drüben einen ganzen Haufen geben soll — wie das Blatt meint. Nur eins will sie hinsichtlich des „Miesenwachstums“ der sozialdemokratischen Verbände sagen: „Sozialdemokratische Partei und sozialdemokratische Gewerkschaften waren eins von jeher, arbeiteten immer für einander, nach derselben Methode und mit denselben skrupellosen Mitteln. Das erklärt viel. Indes sie ziel- und planvoll ihren Weg aufwärts suchten und fanden, überall hereinbrachen in die Gebietsteile selbst, die eigentlich uns ganz gehörten sollten, schlug man sich auf unserer Seite mit Bedenken herum.“

Das Blatt hat recht. Für uns sind Partei und Gewerkschaft eins. Nicht in der Organisation, nicht in der Verwaltung, nicht in den Finanzen, aber eins in der Gesinnung, eins im Bestreben, das Wohl der Arbeitersklasse zu fördern — ein Verhältnis, das beiden Teilen zum Nutzen gereicht. Und wir machen aus diesem Verhältnis kein Hehl, wir begrüßen und festigen es, im Gegensatz zu den christlichen Gewerkschaften, die ihre nahen Beziehungen zum Zentrum und der Kirche abstreiten, trocken sie für jedenmann offensichtlich auf der Hand liegen. Und wenn die Christlichen nicht zu tief in diese Abhängigkeit verstrickt wären, so daß sie, was sie selber vielleicht einsehen, nicht einmal sagen dürfen, würden sie gestehen müssen, daß es ein ander Ding ist, ob eine Gewerkschaft sich mit einer Arbeiterpartei, oder mit einem reaktionären arbeiterfeindlichen Käfigel verbündet, wie er im Klerikalismus verkörpert ist, und sie würden dann auch den Hauptgrund erkennen, weshalb sie auf keinen grünen Zweig kommen.

Das nebenbei, weil es nicht unsere Aufgabe ist, die christlichen Gewerkschaften aus ihrem Schlamassel zu retten. Gehen wir noch einmal dem M.-Gladbacher Blatt das Wort, das in seinem Klagelied fortfährt:

„Die Dinge sind in einzelnen Gewerben bereits so weit gediehen, daß die christliche Arbeiterschaft Geschäft läuft, von der sozialdemokratischen Lebewohl höchst höchst erbittert zu werden. Immer noch steigt das zahlmäßige Misverhältnis zwischen unseren und den sozialdemokratischen Verbänden. . . . Was wunder, wenn da der Übermut der sozialdemokratischen Verbände steigt, wenn sie unsere Kollegen in den Werkstätten schmäglich drangsaliert und außer Brot und Arbeit bringen.“

Wir sind durch das Angestiegene der M.-Gladbacher in zu gute Laune versetzt, als daß wir Lust empfinden, ihnen wegen ihrer in den letzten Zeilen enthaltenen Unverschämtheit Moral zu predigen. Je weniger sie fähig oder gewillt sind, die Grinde ihrer Misserfolge bei sich selber zu suchen, desto mehr tragen sie selber bei zur Beschleunigung ihres eigenen Unterganges. Und wir sind christlich genug, sie bei diesem läblichen Unteruchen nicht zu stören.

Die deutsche Berufs- und Gewerbezählung 1907 und die Holzindustrie.

VI.

u. Wie wir zu den Zahlen der Betriebsstatistik übergehen, müssen wir noch einen Blick auf die Ergebnisse der Berufszählung hinsichtlich des Familienstandes der Arbeiter in den wichtigsten Holzberufen und auf die Zahl der Holzarbeiter in den 42 deutschen Großstädten werfen.

Wir stellen die Zahlen der Gedigen, Verheirateten und Witwer, bzw. Geschiedenen, sowie die der Angehörigen unter und über 14 Jahren und die der Witwen und Waisen für die 7 wichtigsten Holzberufe in der nachstehenden Übersicht zusammen:

Alte, Familienstand, Angehörige, Witwen und Waisen der Arbeiter wichtiger Holzberufe im Deutschen Reich 1907.

Familienstand	Hausarbeiter	Handarbeiter	Gesellen	Apprentiz	Gesetz.	Gesetz.	Gesetz.	Gesetz.	Gesetz.
					Arbeiter	Angest.	Arbeiter	Angest.	Arbeiter
Ledige	24507	181618	10047	18804	10312	94803	10146		
Verheiratete	45949	154843	8526	15587	8898	80085	5404		
Witwen und Geschiedene	1875	8516	608	958	707	1154	219		

Haupterwerbstätige.									
Ledige	24507	181618	10047	18804	10312	94803	10146		
Verheiratete	45949	154843	8526	15587	8898	80085	5404		
Witwen und Geschiedene	1875	8516	608	958	707	1154	219		

Ungehörige.									
Angehörige unter 14 Jahren	87309	261100	8160	25270	9412	58299	9855		
über 14 Jahre	42800	154086	4296	18575	4819	20267	5056		
Zahl der Witwen v. Arbeitern	4924	21521	1026	2328	705	8027	823		
Waisen unter 18 J. ohne Erwerb	2087	9443	887	948	416	1217	389		
" " 18 " mit "	1118	5500	288	660	229	664	197		

Es ergibt sich aus diesen Zahlen, daß der Anteil der Gedigen in allen Berufen, mit Ausnahme der Holzverarbeitung, überwiegt, am stärksten in der Korbmacherei, Bürstenmacherei und Glaserie. In der Tischlerei, Drechslerie und Stellmacherei ist das Verhältnis ungefähr das gleiche. Die Zahl der Angehörigen, auf den Kopf der Erwerbstätigen verteilt, betrug in der Holzverarbeitung 1,8, in der Tischlerei 1,2, in der Korbmacherei 0,88, in der Drechslerie 1,1, in der Bürstenmacherei 0,80, in der Stellmacherei 1,2 und in der Glaserie 0,87.

In der Berufszählung ist die Frage nach den Kindern liebenden gestellt, um statistische Grundlagen für die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung zu erlangen. In den Holzberufen ist die Zahl der Witwen verhältnismäßig hoch, die der Waisen dagegen niedrig. Es kommen auf je 100 Arbeiter in der

Holzverarbeitung . . . 0,8 Witwen und 4,4 Waisen unter 18 Jahre
Tischlerei . . . 6,8 " 4,5 " " 18 "
Korbmacherei . . . 5,6 " 8,8 " " 18 "
Drechslerie . . . 6,6 " 4,5 " " 18 "
Bürstenmacherei . . . 8,9 " 8,8 " " 18 "
Stellmacherei . . . 4,4 " 2,7 " " 18 "
Glaserie . . . 8,0 " 9,6 " " 18 "

Der hohe Prozentsatz der Witwen in der Holzverarbeitung, Tischlerei und Drechslerie ist eine drastische Bestätigung dafür, wie notwendig eine Arbeiter-Witwenversicherung ist.

Über die Verteilung der Arbeiter der Holzberufe in den 42 deutschen Großstädten, die bei der letzten Volkszählung mehr als 100 000 Einwohner zählten, unterrichtet und die nachfolgende Tabelle. Sie zählt indes nur die Arbeiter, die innerhalb des Stadtbezirks ihren Wohnort haben, läßt also den Arbeitsort außer Betracht, vor allem aber auch diejenigen, die in den nicht eingemeindeten Vororten und in ländlicher Umgebung der Großstädte wohnen. Angesichts dieser Mängel hat die Übersicht für unsere praktischen Organisationsbedürfnisse nur bedingten Wert. Immerhin dürfte es für unsere großstädtischen Zählstellen von Interesse sein, die bezüglichen Ergebnisse der Berufszählung und die Verteilung der einzelnen Holzberufe in ihrem Wohnort näher kennen zu lernen.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß der Stadtbezirk Berlin-Charlottenburg-Niedorf-Schöneberg 56 741 oder etwa 29 Proz. der Holzarbeiter aller Großstädte umfaßt. Unter den großstädtischen Gewerben tritt in erster Linie die Tischlerei mit ihren verwandten Branchen stark hervor. Hier wohnten von 340 825 Arbeitern 111 100 oder 32,8 Proz. der Arbeiter in Großstädten, von den 13 363 Arbeitern der Pianoforteindustrie sogar 7178 oder 53,7 Proz., während von den 14 896 Korbmachern nur 2706 oder 18,1 Proz. von den 71 643 Arbeitern der Holzverarbeitung nur 7615 oder 10,6 Proz. den Großstädten angehörten. Die übrigen Branchen bewegen sich zwischen diesen Extremen. Insgesamt wurden im Reiche 681 377 Arbeiter obiger Holzberufe gezählt, von

Die Arbeiter der Handwerke in den 42 Großstädten 1907.

denen 191533 = 28,1 Proz. in Großstädten wohnten. Einzelne Berufe sind in gewissen Großstädten überhaupt nicht oder doch nur ganz verschwindend vertreten, so die Holzspielwarenindustrie, die Kaminmacherei, die Bürstenmacherei und der Mühlenbau. Auch die Pianoforteindustrie und die Fabrikation musikalischer Instrumente konzentriert sich auf einzelne Großstädte, in den übrigen sind sie schwach vertreten. Über ein abschließendes Bild nach dieser Richtung hin kann die Darstellung nicht ermöglichen, da sie nur den Wohnort der Arbeiter berücksichtigt, der ja mit dem Arbeitsort keineswegs identisch ist. Wir versagen uns daher auch alle weitergehenden Schlüsse.

Interessiert uns die Verteilung der Arbeiter auf die Großstädte in erster Linie deshalb, weil in diesen die gewerkschaftlichen Bestrebungen ihre besten Stützpunkte finden, so ist es nicht minder wichtig, zu erfahren, wie groß der Anteil der Kollegenschaft ist, die in den kleinsten Gemeinden und auf dem platzen Lande wohnen. Diese sind erfahrungsgemäß den Organisationsbestrebungen so schwer zugänglich, daß sie allgemein als organisationsunfähig gelten. Vielleicht wird man diese Vorausezung künftig etwas einzuschränken haben, denn je mehr sich die Masse der Kollegenschaft den Gewerkschaften zuwendet und je mehr tariflich geregelten Einfluß diese auf die Arbeitsbedingungen gewinnen, desto mehr ziehen sie auch die kleineren Orte in ihren Organisationsbereich hinein. Auch sind unter den kleinsten Orten (als solche zählt die Statistik diejenigen mit weniger als 2000 Einwohnern) ein nicht geringer Teil Vororte größerer Städte mit verhältnismäßig starker Arbeiterbevölkerung, in denen also der Boden für die Organisation sehr wohl vorhanden ist. Zum übrigen aber trifft es noch heute zu, daß die Gewerkschaften in diesen kleinsten Orten nur sehr schwer Eingang finden und daß die dort wohnenden

Nach der Statistik waren in Orten unter 2000 Einwohnern (1907) 171 216 Arbeiter der Holzberufe vorhanden. Dieselben verteilen sich auf die einzelnen Berufe in folgender Weise:

Von 681 877 Arbeitern dieser Berufe im Reiche insgesamt wohnten also 171 216 = 25,1 Proz. in den kleinsten Gemeinden und kommen bei unserer Organisationsarbeit nur zum geringsten Teile in Betracht. Ein erheblicher Teil dieser Kollegenschaft ist derart mit den ländlichen Existenzverhältnissen verwachsen, daß er die Landwirtschaft als Nebenberuf betreibt. Es waren dies 41 433 oder 24 Proz. der in kleinsten Gemeinden Wohnenden. Unter solchen Umständen ist immer mit einem gewissen Kontingent Nichtorganisationsfähiger zu rechnen. Glücklicherweise übt der in den kleinsten und ländlichen Orten wohnende Teil der Kollegen, trotzdem er hinter den Bewohnern der Großstädte nur wenig zurücksteht, nicht entfernt den Einfluß aus, der seinem Zahlenverhältnis entspräche, sondern es steht es übel um die Erfolge der gewerkschaftlichen Organisation.

Sehr wichtig für unsere Agitation ist der Band 200 der Statistik (Berufsstatistik, Abt. VIII), der die Berufsverteilung der Haupterwerbstätigen nach den kleineren Verwaltungsbereichen (Stadt- und Landkreisen) enthält. Leider sind die Ergebnisse nicht nach der Berufsstellung gegliedert. Aber auch so finden unsere Organisationsleiter in diesem Bande wertvolles Material zur Beurteilung der Berufsverhältnisse in den einzelnen Organisationsbezirken. Es erweist sich natürlich als unmöglich, aus den circa 1100 Stadt- und Landkreisen nähere Zahlenangaben hier mitzuteilen. Indes wäre dringend zu wünschen, daß dieses Material auf andere Weise der Agitation dienstbar gemacht werden könnte.

Separatistische Strömungen in Österreich

.II

br. Mancher Leser unseres Blattes wird sich fragen, was gehen uns diese Dinge überhaupt an. Aber wir finden die Wiederspiegelung der hier dargelegten Stimmungen der bürgerlichen Tschechen auch in der Haltung der tschechischen Sozialdemokratie und der in den Gewerkschaften organisierten tschechischen Arbeiter. Auch in ihrer Gewerkschaftspolitik tun sie so, als wenn die Tschechen von der in Wien stehenden Leitung der Gewerkschaften unterdrückt würden als wenn die Tschechen in den Gewerkschaften benachteiligt würden, als wenn sie unselbstständig blieben und ihren Willen nicht so zum Ausdruck bringen könnten wie die deutschen Arbeiter. Nun ist aber in Wirklichkeit dieser Vorwurf durchaus unbegründet. Tatsächlich haben die internationalen Gewerkschaften und die in ihnen die Mehrheit bildenden Deutschen die größten Opfer für die Erhal-

tung der Tschechen in der Organisation gebracht. Sie haben ihnen die weitestgehenden Rechte eingeräumt, sie haben ihnen Fachblätter in ihrer Sprache gegeben, mit ihnen immer in ihrer Sprache korrespondiert; die Agitation, Bibliotheken, Formulare und Drucksachen, Briefpapier und Kuverts bis zum letzten Kautschukstempel waren doppelsprachig oder für die Tschechen besonders in ihrer Sprache

hergestellt. Für die tschechischen Mitglieder zahlen die internationalen Gewerkschaften Unterstützungsbeiträge für die tschechische sozialdemokratische Partei wie für die Prager Gewerkschaftskommission; auf den Generalversammlungen wurden Tschechisch und Deutsch gesprochen, ja selbst in den Generalversammlungen der Zentralverbände, wo überall Tschechen saßen, sprachen die Mitglieder Tschechisch, obgleich sie die deutsche Sprache beherrschten, so daß ihre Reden ins Deutsche übersetzt werden mußten. Für das tschechische Gebiet wurden besondere Provinzialkommissionen geschaffen, so daß ihre kulturellen und nationalen Interessen in einer kaum steigerbaren Weise gewahrt blieben. Trotzdem sagten die Wortführer der Tschechen in den Gewerkschaften über mangelhafte Berücksichtigung ihrer Interessen, über Unterdrückung, über aufgezwungene Unselbständigkeit. Sie formulierten ihre Forderungen gar nicht, sie zerrissen die Gewerkschaften, um eben von den Deutschen loszukommen, um mit „Wien“ nichts zu tun zu haben. Wo die tschechischen Gewerkschaftsführer Forderungen stellten, waren sie durchaus phantastisch, es war nicht mehr möglich, ihnen zu entsprechen. Die Freiheit, die die Tschechen in den internationalen Organisationen besaßen, erkennt man am deutlichsten aus der Haltung der tschechischen Gewerkschaftsblätter, die im Rahmen der internationalen Organisationen den Kampf führten für die Befreiung der Organisation! Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß ein großer Teil der in den internationalen Organisationen verbliebenen tschechischen Arbeiter diese Spaltung bedauerten und bekämpften; sie wurden dafür als Verräter gebrandmarkt und zum Teil aus der Partei ausgeschlossen. Genau so wie von den ärgsten Unternehmerblättern wurden die Angestellten der Zentralverbände als mit Arbeitergroßchen bezahlte Leute bezeichnet. In der verächtlichsten Weise wurde über sie abgeurteilt. All das geschah nach den Kopenhagener Beschlüssen, wie schon vor dem Kopenhagener Kongreß

Der Erfolg der tschechischen Separationsbestrebungen war nirgends sehr groß. Überall bestehen neben den separatistischen Organisationen im tschechischen Gebiete noch internationale Organisationen für die Tschechen, neben den separatistischen tschechischen Gewerkschaftsblättern internationale Gewerkschaftsblätter in tschechischer Sprache. Verhältnismäßig spät begannen die Separationsbestrebungen im österreichischen Holzarbeiterverband; seit dem 20. Mai 1910 besitzt der tschechische Nonkurrenzverband seine behördlich genehmigten Statuten, die übrigens nicht von Holzarbeitern, sondern von einem Niederarbeiter eingereicht wurden. Vorläufig haben die Separationsbestrebungen bei den Holzarbeitern nur geringe Erfolge gezeitigt, aber man soll sich vor vorschnellen Urteilen hüten; Österreich leidet noch stark unter der wirtschaftlichen Krise. In einer Periode wirtschaftlichen Aufschwungs wird vielleicht zum Schaden für die Gewerkschaftsbewegung zum Spott des Unternehmertums, die separatistische Bewegung viel stärker zerstreuend wirken.

In der vorletzten Oktoberwoche findet der österreichische Gewerkschaftscongresz, in den ersten Novembertagen ein tschechischer Gewerkschaftscongresz statt. Nachher sollen Verhandlungen zwischen den internationalen und tschechischen Organisationen stattfinden, wohin sie führen werden, ist schwer abzusehen.

Man hat mit dem Missbrauch der deutschen Arbeiter zu rechnen, die wissen, daß man für die Einheit der gewerkschaftlichen Bewegung ununterbrochen große Opfer gebracht hat, daß man aber trotzdem so viel Streit und Zank, so viel Schwierigkeiten bei der Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen und so viel Winderei in der gewerkschaftlichen Aktionsfähigkeit festzustellen hatte. Vereinzelt tauchten Wünsche auf, daß man neben den tschechischen Gewerkschaften deutsch-österreichische Gewerkschaften schaffen solle, daß man neben diesen polnische, ruthenische, slowenische usw. Gewerkschaften bilden solle. So begreiflich derartige Gedankengänge sein mögen, sind sie doch falsch und unhaltbar. Sie führen zu weit schwächeren Benachteiligungen der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter jeder Nationalität, auch der deutschen, wie die Aufrechterhaltung der Internationalität, wenn auch mit großen Opfern. Die österreichischen Nationalitäten sind nicht streng territorial geschieden, noch viel weniger gilt dies von den Arbeitern. Hunderttausende tschechische Arbeiter stehen im deutschen Sprachgebiet, polnische Arbeiter dringen nach Schlesien, slowenische nach Steiermark und nach Triest, italienische nach Innsbruck, so daß wir in fast allen Fabriken und in zahlreichen Kleinbetrieben eine Musterkarte der österreichischen Nationalitäten antreffen. Diese Arbeiter nach ihren Nationalitäten zu trennen, sie in ununterbrochenen Gegensätzen und Konflikten zu erhalten, würde zu einer Stärkung der Position der Unternehmer führen, die in den größeren Betrieben schon Vorteile ziehen aus dem Nebeneinanderwirken verschiedener Branchenorganisationen. Die nationale Trennung der Arbeiter muß eine Schwächung der Angriffs- und Abwehrkraft der Arbeiter herbeiführen, alle gewerkschaftlichen Interessen würden so auf das höchste verschwunden sein.

Nicht bloß diese Gewägungen sprechen gegen die nationale Trennung der Gewerkschaften in Oesterreich, auch die weitere Tatsache, daß aus manigfachen, hier nicht besondern anzuführenden Gründen die Arbeiter im deutschen Sprachgebiet, insbesondere in Wien und Niederösterreich, aber auch in den Alpenländern und in Deutsch-Böhmen,

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperre eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zentralstelle verwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Eisgläsern, Maschinisten und Glashauer nach Auerbach (G. Seidel), Bünde, Colmar i. Els., Cunnersdorf i. Sachsen, Delmenhorst (Wagenfabrik Lönjes), Enden, Eisenberg (Eisgläser), Euerbach, Finsterwalde (Th. Schüle), Gießen (G. H. Müller), Hameln (Stahlrahmenfabrik Brune), Kaiserst. Lautern (Edel), Lassan i. Pom., Lemgo (Giesecke), Mülhausen i. E., Paderborn, Menden, Meichenberg i. Böhmen, Saarbrücken, Segeberg, Spandau (Behring u. Co.), Stolp i. Pom., Stuttgart (Kontormöbel-fabrik Eberhard Feher), Weihensee (Genossenschaft), Wilsdruff, Biegenhals.

Klavierarbeitern nach Borna b. Leipzig, Coblenz (Rheinische Pianofortefabrik, vorm. C. Mandl), Heilbronn, Liegnitz.

Modellmästern nach Hamburg, Leipzig (Krause), Neumühlen b. Kiel (Anschiu u. Co.), Bützow (Wiederkehr u. Schneller).

Stuhlbauern nach Pr. Holland.

Korbmästern nach Rheinfelden in der Schweiz.

Drehstühlen nach Stolp i. Pom., Neupaka i. Böhmen.

Anpfusmästern nach Frankenhausen, Schmölln i. S. A. (Niedermann).

Pantinenmästern nach Kellinghusen.

Stellmästern und Wagenbauern nach Delmenhorst.

Schuharbeiter nach Eberswalde (Pfohl).

Kamimästern nach Erlangen.

Der internationale Genossenschaftskongress in Hamburg.

II.

Offenbar berichtet das Genossenschaftswesen in allererster Linie das materielle Interesse der Menschen, indem es die Bedürfnisbefriedigung auf eine andere Grundlage stellen will. Und darum wenden sich die Genossenschaften zunächst an den Egoismus ihrer Mitglieder, indem sie ihnen Vorteile wirtschaftlicher Art in Aussicht stellen. Diese Vorteile sollen ganz besonders denjenigen Schichten der Bevölkerung zuteil werden, die unter dem schlimmsten wirtschaftlichen Druck stehen. In der Resolution des Genossenschaftstages kommt dieser Gedanke folgendermaßen zum Ausdruck: „Das in allen Kulturländern von Jahr zu Jahr zu immer größerer Bedeutung gelangende Genossenschaftswesen ist eine soziale Bewegung, die durch Bildung wirtschaftlicher, auf dem Grundsatz der Selbsthilfe ihrer Mitglieder ruhender Vereinigungen die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft bezweckt. Demgemäßwohl auch allen wahren Genossenschaften die Tendenz inne, die Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der arbeitenden Klassen zu beeinflussen, d. h. das aus der Arbeit fließende Einkommen resp. seine Kaufkraft zu vermehren, das arbeitslose, lediglich aus dem Besitz von Produktions- und Austauschmitteln stehende Einkommen (Unternehmergewinn, Zins und Rente) dagegen zu vermindern.“

Damit charakterisiert sich das Genossenschaftswesen als ein Teilstück jener Gegenwartsarbeit, die darauf hinausläuft, schon auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung den arbeitenden Klassen einen größeren Anteil an den Naturschätzen und Kulturgütern zu erkämpfen. Wie die gewerkschaftliche Organisationsarbeit und die sozialdemokratische Sozialpolitik, so will auch das Genossenschaftswesen das Wirtschaftsleben zugunsten der Arbeiter umgestalten, und zwar dadurch, daß die Arbeiterklasse auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe den kräfte-zersplitternden und kräftevergessenden Zwischenhandel ausschaltet und über die Konsumentenorganisation hinaus zur Eigenproduktion übergeht. Aus diesem Grunde hat die Genossenschaftsbewegung eine solch große Bedeutung für das moderne Proletariat, und als Folge der Erkenntnis dieser großen Bedeutung tritt sie immer bedeutender als gleichberechtigter Faktor neben Partei- und Gewerkschaftsbewegung. In der Resolution heißt es diesbezüglich: „Die Konsumentengenossenschaften, die über den eigentlichen Konsumentvereinen auch die Wohn- und Baugenossenschaften umfassen, haben in den kapitalistisch entwickelten Ländern von allen Genossenschaftarten die größte Bedeutung für die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft, und zwar sowohl wegen des unmittelbaren großen praktischen Nutzens, den sie für die Mitglieder im Gefolge haben, als insbesondere auch wegen der ihnen zugrunde liegenden Wirtschaftsprinzipien, durch deren allgemeine Ausbreitung und Anwendung die Umwandlung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befördert wird. Die Konsumentvereine begreifen, ihre Mitglieder bei dem Einkauf und der Beschaffung von Gütern aller Art vor jeglicher Überwertung dadurch zu schützen: a) daß sie ihnen die Güter in guten, reellen Qualitäten liefern, b) daß sie den Profit des Unternehmers, der die Güter zum Verkaufe bringt, nach Möglichkeit ausmergen. Die Voraussetzung für die Errichtung dieser Zwecke ist, daß eine möglichst große Anzahl von Konsumenten ihren Bedarf in möglichst weitem Umfang von der Konsumgenossenschaft bezieht. In dem Maße, als die Konsumenten sich zu Konsumentengenossenschaften zusammenschließen, wird eine Organisation der Kaufkraft des Arbeitseinkommens geschaffen, die die arbeitenden Klassen in den Stand setzt, in weitem Umfang auch ihre Arbeit selbst genossenschaftlich zu organisieren und sich in eigenen Produktionsbetrieben zu beschäftigen.“

Die genossenschaftliche Erfahrung hat gelehrt, daß die Organisation der Konsumenten, d. h. also die organisierte Massenkauftaft, die Voraussetzung einer Eigenproduktion ist. Es liegt ja im Wesen der kapitalistischen Warenproduktion begründet, daß nicht die Herstellung von Gebrauchsgegenständen Schwierigkeiten macht, sondern daß die Haupthindernisse darin liegt, diese Produkte oder Waren zu verkaufen. Dies zeigt sich ganz deutlich in der verschiedenen wirtschaftlichen Bewertung des Erzeugers und des Verkäufers einer Ware. Wer eine Ware herstellen kann, ist ein einfacher Arbeiter, wer eine Ware verkaufen kann, ist ein feiner Mann. Daher schlägt die moderne Genossenschaftsbewegung den richtigen Weg ein, indem sie erst die Käufer sammelt und organisiert und dann eigene Betriebe zur Erzeugung von Gebrauchsgegenständen errichtet. Auf diese Weise löst sie auch gleichzeitig die Aufgabe, nicht nur den Zwischenhändler überflüssig zu machen, sondern auch den privaten Unternehmer auszuschalten. Die zur Eigenproduktion schreitenden Konsumentengenossenschaften zeigen der Welt, daß eine Gütererzeugung und eine Güterverteilung auf der Grundlage des Kollektivismus, ohne Mittiwicklung des Privatkapitals, möglich ist. Sie beweisen auf dem Wege des sozialen Experiments die Möglichkeit des Sozialismus als einer neuen Wirtschaftsform, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendigt.

Über auch noch in anderer Beziehung können die Genossenschaften der kapitalistischen Welt gute Lehren geben, indem sie den Beweis erbringen, daß sich eine Wirtschaftsweise durchführen läßt, die alle schmählichen Ausbeuterpraktiken verschmäht und den Grundsatz: „Ein anständiger Lohn für ein anständiges Stück Arbeit!“ verwirklicht. Infolge ihrer größeren Ausdehnung sind sie in der Lage, immer mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Und hier sagt die Resolution ganz treffend: „Es ist die Pflicht der Genossenschaften, den Angestellten und Arbeitern, die in ihren Diensten stehen, vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren sowie deren Koalitionsrecht rückhaltlos anzuerkennen. Insbesondere ist ihnen der Abschluß von besonderen Tarifverträgen mit den Gewerkschaften zu empfehlen, soweit nicht allgemeine Tarife zwischen diesen Gewerkschaften und den Unternehmen vorliegen. Wo solche allgemeinen Tarife vorhanden sind, sind sie von den Genossenschaften anzuerkennen und die Durchführung derselben zu unterstützen. Die Genossenschaften erwarten andererseits, daß die von ihnen geschaffenen vorbildlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch eine gleichwertige Arbeitsleistung und muster-gültige Pflichterfüllung gerechtfertigt werden.“

In der genossenschaftlichen Wirtschaftsform tritt, im Gegensatz zu der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Interessenharmonie zwischen Produzenten und Konsumenten deutlich zutage. Während der Kapitalismus auf dem Prinzip der Ausbeutung beruht, beruht die Genossenschaft auf dem Prinzip des Solidarismus; während der Kapitalist ein Interesse daran hat, seine Arbeiter gründlich auszubeuten und seine Kunden möglichst übers Ohr zu hauen, hat die Genossenschaft ein Interesse daran, ihren Arbeitern gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren und ihren Mitgliedern gute, preiswürdige Waren zu liefern. Und dieses große soziale Experiment wird die moderne Genossenschaft erfolgreich durchführen; sie wird der stürmenden Welt zeigen, daß Wirtschaftsbetriebe, die von sozialen Gesichtspunkten aus geleitet werden, bessere Resultate erzielen als solche, in denen das kapitalistische Ausbeutungsprinzip herrscht.

Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, erweitert sich das Genossenschaftswesen aus einer wirtschaftlichen Organisation zu einem sozialistischen Faktor, zu einer Einrichtung, die ihren Mitgliedern nicht nur materielle Vorteile bieten, sondern die sie auch zu einer höheren Stufe sozialer Moral emporheben will. Diese Erziehungsarbeit setzt überall ein: sie bekämpft die Dividendenjäger und die kurzfristige Pfennigsucherei, sie sucht den Krämergeist zu bannen und das soziale Empfinden zu weden, sie will das menschliche Zusammenleben auf eine neue, edlere Grundlage stellen: Das kapitalistische Prinzip der Ueberverteilung soll erschöpft werden durch das sozialistische Prinzip der Gerechtigkeit und des Solidarismus. Wie dies der Referent so schön aussprach: „Diese Verklärung unseres Genossenschaftswesens mit der sozialen und ethischen Gedankenwelt der gegenwärtigen und der folgenden Generationen, die Tatsache, daß das Schicksal unserer wirtschaftlichen Organisationsarbeit von dem Ausgang des Kampfes abhängt, der um die Weltanschauung, um die letzten und tiefsten Fragen des menschlichen Daseins geführt wird, nötigt uns, den geistigen Horizont unserer Bewegung auszuweiten, und macht es uns zur Pflicht, die Stellungen in dem Ringen der Geister zu beziehen, in die uns unsere Grundsätze und Ideale weisen. Wir können nicht dabei stehenbleiben, uns um die materiellen Bedürfnisse der Volksmassen zu kümmern, wir müssen auch ihnen intellektuellen Hunger zu stillen suchen, ihnen helfen, an dem sittlichen Fortschritt teilzunehmen, ihren Drang nach einem neuen geistigen Lebensinhalt in die richtigen Wege leiten. Die genossenschaftliche Erziehungsarbeit muß mit der Organisation des Konsums und der Produktion Hand in Hand gehen. Nur wenn wir unsere Bewegung in diesem Sinne entwideln, wenn wir unsere Genossenschaften auch zu Pflegestätten sozialer Gestaltung und zu Ausstalten sittlicher Charakterbildung machen, können wir mit Zuversicht darauf rechnen, daß wir nicht an einem babylonischen Turm, sondern an den Fundamenten einer neuen Zeit, einer veredelten Kultur bauen helfen.“

Ein hohes Ziel ist es fürwahr, das sich die moderne Genossenschaftsbewegung gestellt hat, und wir sind nur weit von diesem Ziele entfernt. Aber wir marschieren wie kommen weiter, wir sind auf dem Vormarsch. Und da muß es jeden von uns lösen, mitzuarbeiten an dieser großen, erhabenen Aufgabe.

Soziales.

Die Fleischnot.

Die Fleischpreise steigen, allen beruhigenden Nebensachen der Regierung zum Trost, unaufhaltbar weiter. Die „Statistische Korrespondenz“ hat die Durchschnittspreise an 50 preußischen Markttoren nach amtlichen Berichten zusammengestellt. Aus dieser Auflistung ergibt sich für die erste Hälfte des Oktober ein Durchschnittspreis für ein Kilogramm Rindfleisch von 170,2 Pf. Am September d. J. betrug der Preis noch 168,7 Pf. und im September 1903 nur 166,6 Pf. Kalbfleisch kostete in der ersten Hälfte des

Oktobe (die Preise im September 1910 und September 1908 fügen wir in Klammern bei) 189,1 Pf. (187,5 Pf., 174,7 Pf.), Hammelfleisch 175,5 Pf. (174,8 Pf., 170,0 Pf.), Schweinefleisch 164,7 Pf. (163,2 Pf., 163,8 Pf.), Pferdefleisch 77,2 Pf. (76,0 Pf., 75,1 Pf.). Also abgesehen vom Schweinefleisch, welches im September 1908 noch etwas teurer war als gegenwärtig, ist gegenüber dem Jahre 1908 eine sehr beträchtliche Steigerung eingetreten, und die außerordentlich hohen Preise im September 1910 haben im Oktober noch eine weitere Erhöhung erfahren.

Die Regierung tut nichts, der steigenden Not zu steuern. Die Agrarier wollen nicht, daß etwas geschehe, weil die Not des Volkes ihnen die Taschen füllt, und die Regierung steht dermaßen in deren Wann, daß sie es nicht wagt, gegen den Willen der Junker etwas zu unternehmen. Während das Fleisch in einer Weise im Preis steigt, daß viele Arbeitersfamilien notgebrungen zur vegetarischen Lebensweise übergehen müssen, steht die Regierung den Kopf in den Sand. So hat z. B. der preußische Landwirtschaftsminister der Stadtverwaltung von Wilhelm a. M., die wie viele andere um Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot petitioniert hatte, zur Antwort gegeben, daß keine Fleischnot existiere. Das ist natürlich ein bequemes Mittel, sich seiner Pflicht zu entziehen.

In ähnlicher Weise, wie in Deutschland, wirkt die Fleischnot auch in anderen Ländern, insbesondere in Österreich. Über der österreichische Landwirtschaftsminister ist nicht minder ein strammer Agrarier als sein preußischer Kollege. Trotz der kürzlich von den Wiener Arbeitern veranstalteten Riesendemonstration weigert auch er sich, durchgreifende Maßnahmen zu veranlassen. Über zu einem Bussardnus hat man sich in Österreich immerhin bereit gefunden. Kürzlich ist die erste Sendung gefüllten argentinischen Fleisches in Wien eingetroffen. Es waren 21 000 Kilogramm, die im Handumdrehen verkauft waren. Als vor einiger Zeit die Gestaltung der Einfuhr dieses Fleisches gefordert wurde, da wurde es von den Agrariern und deren Freunden in den schwärzesten Farben geschildert. Es wurde prophezeit, daß die Wiener es nicht kaufen würden, da es nicht genießbar sei. Diese Prophezeiungen wurden glänzend lügen gestraft. Alle Sachverständigen stimmen darin überein, daß sich das argentinische Fleisch von dem einheimischen in bezug auf Qualität in keiner Weise unterscheidet; seine Güte wurde von allen Seiten gerühmt. Dagegen ist der Preis ganz bedeutend niedriger. Gules Ochsenfleisch wurde für etwa 88 Pf. gutes Bratenfleisch für 70 Pf. verkauft. Dabei handelt es sich nur um eine verhältnismäßig kleine Menge von Fleisch, die diesmal eingeführt wurde. Die Transportkosten und damit auch die Verkaufspreise ließen sich bedeutend ermäßigen, wenn die regelmäßige Zufuhr gesichert wäre, so daß der Transport in größeren Mengen in speziell für den Zweck eingerichteten Schiffen erfolgen könnte, wie sie schon seit langem für die Einfuhr von Fleisch aus Amerika und aus Australien nach England im Gebrauch sind. Eine weitere sehr bedeutende Preisermäßigung würde eintreten, wenn der hohe auf dem Fleisch lastende Zoll beseitigt würde. Die Möglichkeit, das Volk mit guter und dabei billiger Fleischnahrung zu versorgen, ist also vorhanden.

Hat man sich aber in Österreich nur zu einem kleinen und zaghaften Schritt entschlossen, der allerdings seiner Zaghastigkeit wegen nur die Wirkung des Tropfens auf den heißen Stein hat, so ist in Deutschland unter den obwaltenden Umständen auch das nicht zu erwarten. Eine Änderung beruht auf der Ausraubung der Massen beruhenden Wirtschaftspolitik wird erst dann eintreten, wenn sich das Volk ermannt und der den Staat beherrschenden Junkerschaft den Laufpass gibt.

Wer trägt die Schuld? „Nicht das Zentrum durch seine Schulzpolitis, Grenzperren und Finanzreform trägt die Schuld an der gegenwärtigen Teuerung, Schuld daran sind einzige und allein die fortwährenden Lohnzuckerereien der Arbeiter.“ Also orakelte am 27. Oktober im Münchener Rathaus der Zentrumsführer Abel, um die Ablehnung der von der Regierung empfohlenen Arbeitslosenversicherung zu begründen. Ein anderer Zentrumsheld, der in christlicher Arbeitervolitik macht, ging hin und predigte in einer christlichen Gewerkschaftsversammlung den staunenden Zuhörern den Zusammenschluß in christlichen Organisationen zur Erzielung höherer Löhne, von wegen der eingetretenen Teuerung! So sind sic, diese Aucharbeiterfreunde.

Als am 10. Februar 1910 im bayerischen Landtag der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung stand: „Für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge in den Städten bis zu 150 000 Fl. einzusehen, um aus diesen Zettl jenen Gemeinden Zuschüsse zu gewähren, die an Arbeitslose Seidunterstützung gewähren.“ da lehnte das Zentrum diesen Antrag ab, weil, wie der Referent, christlicher Arbeitsschreiter Königbauer, ausführte, „Voraussetzung sei, daß die Städte erst die Arbeitslosenunterstützung einführen“. Am 27. Oktober 1910 stand im Münchener Gemeindeskollegium der sozialdemokratische Antrag zur Debatte, zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung erstmalig in den Städten den Beitrag von 75 000 Fl. einzusehen. Hier begründete der Zentrumsreferent die Ablehnung des Antrages darum, daß es nicht Sache der Gemeinde, sondern des Landes sei, diese Fürsorge anzustreben, und der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt. Vierzehn Tage vorher traten dieselben Herren damit ein, 100 000 Fl. dem Landwirtschaftlichen Verein in Bayern zu schenken, um Preise für die Landarbeiter zu gewähren; dies wurde zum Beschuß erhoben. Und da sage noch einer, das bayerische Zentrum sorge nicht für die Arbeiter.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. November beträgt: in Minden 70 Pf., Moosburg 75 Pf., Schwabach 75 Pf.; ab 16. November in Koburg 70 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 45. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat Oktober ist spätestens bis zum 4. November an uns einzuzenden. Ein Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Zahlstelle verhindern werden. Als verausgabte Arbeitslosen, welche und Krankenunterstützung sind die im Monat Oktober aus der Haupt- und Solallasse gewährten Beiträge jeweils zusammengezählt einzustellen. Auf der Bordseite der Berichtskarte sind die Arbeitslosen am Leben Tage des Monats ihrem Berufe entsprechend aufzuführen. Auch von solchen Zahlstellen, in denen keine Nöte von Arbeitslosigkeit und gewährter Krankenunterstützung vorlagen, ist eine Berichtskarte mit Angabe der am Schlusse des Monats vorhandenen Mitgliederzahl einzusenden.

Unter dem Titel „Die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen“ haben wir eine kleine Broschüre herausgegeben, welche in Anlehnung an die diesbezüglichen Verhandlungen des Verbandstags in München die Kollegen aus der Branche der Maschinenarbeiter anregen soll, den Unfallgefahren, denen sie bei ihrer täglichen Arbeit ausgesetzt sind, größere Beachtung zu schenken, und sie zugleich auf die vorbeugenden Bestrebungen unseres Verbandes hinweist. Die Broschüre hat einen Umfang von nur acht Seiten und ist deshalb zur Agitation recht geeignet, sie soll in beschränktem Maße gratis verteilt werden und ersuchen wir die Zahlstellenverwaltungen, Feststellungen umgehend an uns einzusenden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 216083 Fritz Schertel, Tischler, geb. 1. 9. 88 zu Nürnberg. 241830 Gustav Stünz, Modelltischler, geb. 11. 4. 84 zu Saalfeld. 248127 Leopold Engländer, Korbmacher, geb. 20. 8. 72 zu Wels (Oberösterreich). 320840 Josef Kal, Stellmacher, geb. 18. 3. 86 zu Driekowitz, Kreis Pleß. 402273 Konrad Voos, Drechsler, geb. 9. 5. 88 zu Kirchensittenbach. 400014 Otto Kraus, Drechsler, geb. 5. 2. 84 zu Ludwigswor. 514111 Fritz Donath, Tischler, geb. 31. 12. 01 zu Luckenwalde.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Kollegen! Nutzt die Zeit für eine gründliche Agitation! :: :: :: :: ::

Korrespondenzen.

Friedrichshafen a. Bodensee. Es ist sehr zu bedauern, daß unter den hiesigen Kollegen eine solche Gleichgültigkeit herrscht. Der Vermögensbesitz läßt zu wünschen übrig und besonders ist es zu befürchten, daß sich die älteren Kollegen so wenig an den Debatten beteiligen, während es doch eigentlich ihre Aufgabe sein sollte, die jüngeren Kollegen zu kämpfen zu erziehen. Zur Agitation ist hier noch ein weites Feld offen. Der Winter steht vor der Tür, da müssen wir erst recht zusammenziehen, um uns vor schärfster Behandlung zu schützen. Erstwährt wird unsere Agitation durch den starken Wechsel in unserer Grenzstadt. In Zeiten schlechten Geschäftsganges werden ja die Werkstätten überlaufen. Wenn aber bei günstiger Konjunktur jemand überhaupt hier Arbeit nimmt, ehe er in die Schweiz geht, dann hält er es gewiß nur ganz kurze Zeit aus. Das ist schließlich kein Wunder, denn die hier gezahlten Löhne sind recht schlecht. Außerdem ist aber das mangelnde Interesse der Kollegen für die Organisation ein Hindernis, vorwärts zu kommen. Die Arbeit der Lokalverwaltung wird noch erschwert dadurch, daß die hier in Arbeit tretenden Mitglieder es verabsäumen, sich pflichtgemäß anzutun und abzumelden. Es wäre dringend zu wünschen, daß in all diesen Dingen bald eine Änderung eintrete, damit auch hier einmal an eine Besserung der Arbeitsbedingungen gedacht werden kann.

Wöppingen. In der Schreinerei von W. Speiser, landwirtschaftliche Maschinenfabrik hier, herrschen Zustände, die auch einmal einer öffentlichen Kritik unterzogen werden müssen. Im ganzen Betriebe, auch an den Maschinen, wird fast durchweg in Aßford gearbeitet. Wenn ein Kollege früher noch einen halbwegs anständigen Lohn verdiente, so trifft dies für heute nicht mehr zu. Statt daß die Löhne entsprechend der Besteuerung der Lebensmittel erhöht würden, ist man bestrebt, durch fortgesetzte Herabsetzung der Aßfordsäge die Löhne auf das niedrigste Niveau herabzudrücken. Es scheint in dieser Beziehung ein förmlicher Wettbewerb unter Meistern und Werkführern vorhanden zu sein. Ganz Herborstgenes leitet der Schreinermeister Schurr aus Holzheim. Herr Schurr war früher Mitglied unserer Organisation und hat deren Unterstützung gern in Anspruch genommen. Das hindert ihn aber nicht, als Meister in der schroffsten Weise gegen die Arbeiter aufzutreten. Mißliebige Arbeiter werden entweder direkt entlassen oder aus dem Betrieb hinausgeweckt. So wurden

kürzlich zwei unserer Kollegen hinausgeweckt, die schon 17 und 4 Jahre in dem Betrieb beschäftigt waren. Herr Schurr möge es sich aber gefälligst merken, daß noch nicht aller Tage Abend ist. Vielleicht kommt eines schönen Tages auch an ihn die Reihe. Die Kollegen möchten wir aber erlauben, den Betrieb nicht mit Arbeitsangebot zu überhäufen, sondern ihn solange zu melden, bis andere Verhältnisse dort Platz gegriffen haben.

Hamburg. Der paritätische Arbeitsnachweis hat bekanntlich am 1. Oktober seine Porten geöffnet, in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit. Das Zusammentreffen so vieler arbeitslosen Kollegen im Nachweislokal hat bei manchem eine trübe Stimmung ausgelöst; meinen sie doch, nun noch länger auf Arbeit warten zu müssen als früher. Diese Kollegen übersehen hierbei ganz, daß durch die Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises auch nicht ein einziges Stück Tischlerarbeit mehr oder weniger in Hamburg oder Umgegend angefertigt wird, als früher unter dem entwürdigenden System des Umschauens. Ein Wechsel ist nur insofern zu verzeichnen, daß bezüglich der Arbeitsmöglichkeit eine gerechte Verteilung eingetreten ist, und dies kann nur von jedem sozial denkenden Kollegen begüßt werden. Hamburg bildet ständig einen reizvollen Anziehungspunkt für unsere reisenden Kollegen, und deshalb ist auch hier ständig mit einer großen Arbeitslosenziffer zu rechnen. In der Woche vom 24. bis 28. Oktober waren 778 Arbeitslose gemeldet. Durch die rege Tätigkeit der letzten Jahre ist in Hamburg ein starker Überschub an Wohnungen entstanden. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die Beschäftigungsmöglichkeit in der Zukunft immer geringer werden wird. Die große Arbeitslosigkeit sollte die reisenden Kollegen veranlassen, es sich doppelt zu überlegen, ob sie ihre Schritte nach Hamburg richten sollen, wo sie wochenlang auf Arbeit warten müssen. Wer also außerhalb Hamburgs in Arbeit steht, lasse es sich nicht nach den Hamburger Fleischköpfen gefüllen. Die Aussicht hier Arbeit zu finden, ist sehr gering, dagegen wirkt das Überangebot von Arbeitskräften schädigend für die hier ansässigen Kollegen.

Girsheim u. Test. In letzter Zeit sind die Kosten der Lebenshaltung der hiesigen Holzarbeiter rapid in die Höhe gegangen. Dagegen hat der Lohn mit der verteuerten Lebenshaltung nicht Schritt gehalten. Stundenlöhne von 30 bis 35 Pf. sind hier keine Seltenheit, wohl aber solche von 40 bis 45 Pf., also Löhne, welche schon vor 6 bis 7 Jahren verdient wurden. Trotzdem haben die hiesigen Holzarbeiter noch keinen Ausgleich zwischen ihrer verteuerten Lebenshaltung und ihrem Einkommen zu verzeichnen. Wie in den meisten Betrieben ist auch bei der hiesigen Filiale der Firma Epple u. Ege, Hofmöbelfabrik in Stuttgart, das Aßfordsystem eingeführt. Das Defizit hat sich nun in diesem Jahre derart gesteigert, daß sogar ältere, schon längere Zeit dort beschäftigte Arbeiter 30, 40 bis 50 Mt. Defizit zu verzeichnen hatten. Auf Vorstellungswieder des Werkstattausschusses hat sich die Firma bereit erklärt, die jetzt bestehenden Defizite bis zu 10 Mt. ganz, von 10 Mt. und darüber zu 50 Proz. zu streichen und verschiedene Aßfordsäbe auszubessern. Die Fabrikleitung sah ein, daß eine Rendierung höchst notwendig war; konnte doch der Werkstattausschuss nachweisen, daß die Aßfordsäbe zu niedrig angestellt waren. Die Zustände haben sich zwar im Augenblick etwas verbessert, aber es können wieder neue Beziehungen, neue Muster, und werden die Kollegen recht bald wieder im Defizit sitzen. Um nun auch hier dafür zu sorgen, daß bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse hergestellt werden und das Defizitwesen aus der Welt geschafft wird, ist es notwendig, daß sich alle Holzarbeiter unserer Organisation anschließen.

Sterbetafel.

Carl Franz Walde, Polizei, 21 Jahre alt, gest. 9. Oktober 1910 zu Hilmersdorf (Brandenburg).

Alfred Krichsche, Tischler, 19 Jahre alt, gest. 27. September 1910 zu Leipzig.

August Sturmehre, Tischler, gest. 7. Oktober 1910 zu Oldesloe (Schleswig-Holstein).

Johann Mayer, Tischler, 55 Jahre alt, gest. 9. Oktober 1910 zu Frankfurt a. M. (Hessen-Hessen).

Eduard Kunzhofer, Putzmacherin, 25 Jahre alt, gest. 9. Oktober 1910 zu Nürnberg.

Paul Wötger, Tischler, 32 Jahre alt, gest. 1. Oktober 1910 zu Leipzig.

Johann Dösterlein, Tischler, 50 Jahre alt, gest. 6. Oktober 1910 zu Nürnberg.

Franz Woersch, Tischler, 64 Jahre alt, gest. 26. September 1910 zu Mainz (Schlaganfall).

Hugo Grätz, Wollseier, Stellmacher, 42 Jahre alt, gest. 20. September 1910 zu Döbeln (Schwindfisch).

Eckartius August, Buchdrucker, 23 Jahre alt, gest. 17. September 1910 zu Düsseldorf.

Otto Krüger, Tischler, 21 Jahre alt, gest. 29. September zu Frankfurt a. O.

Katharina Domhacker, Kleistflarbeiterin, 54 Jahre alt, gest. 28. September 1910 zu Nürnberg.

Simon Matz, Tischler, 57 Jahre alt, gest. 20. September 1910 zu Pasing.

Richard Endreit, 41 Jahre alt, gest. 9. Juli 1910 zu Gründorf.

Heinrich Meinholt, 57 Jahre alt, gest. 11. September 1910 zu Chemnitz (Wagentrebs).

Emil Paul Günther, 22 Jahre alt, gest. 20. September 1910 zu Chemnitz (Hirsch).

Adam Stübchen, Stellmacher, 50 Jahre alt, gest. 10. Oktober 1910 zu Göttingen (Wagentrebs).

Otto Maßche, Tischler, 24 Jahre alt, gest. 29. September 1910 zu Treuenbrietzen.

Johann Dünnbeck, Vergolder, 52 Jahre alt, gest. 6. Oktober 1910 zu Köln a. Rh. (Schwindfisch).

Gustav Preiken, Parfümier, 58 Jahre alt, gest. 8. Oktober 1910 zu Köln a. Rh. (Mehlkopfsleiden).

Heinrich Weder, Tischler, 30 Jahre alt, gest. 17. Oktober 1910 zu Leipzig.

Heinrich Mann, Tischler, 44 Jahre alt, gest. 18. Oktober 1910 zu Köslin (Schwindfisch).

Franz Henning, Tischler, 35 Jahre alt, gest. 2. Oktober 1910 zu Halle a. S.

Wambetta Dörrich, Bleistiftarbeiterin, 33 Jahre alt, gest. 21. Oktober 1910 zu Nürnberg.
Bernhard Wissmüller, Tischler, 51 Jahre alt, gest. 9. August 1910 zu München.
Josef Gögerle, Tischler, 30 Jahre alt, gest. 24. August 1910 zu München.
Leonhard Stain, Würstennacher, 23 Jahre alt, gest. 22 September 1910 zu München.
Leonhard Riedler, Tischler, 34 Jahre alt, gest. 6. Oktober 1910 zu München.

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Schönheitswelt.

In Wuer i. W. lamten am Tage des Ablaufes der Min-
digung Verhandlungen mit den Schreinermeistern zu-
stände, welche einen vierjährigen Vertrag, laufend bis zum
1. Juli 1914, zeigten. Der Vertrag bringt den Kollegen
eine Arbeitszeitverkürzung von drei Stunden (von 60 auf
57 Stunden pro Woche) und eine Lohnsteigerung in
mehreren Etappen von insgesamt 7 Pf. pro Stunde. Der
Durchschnittslohn steigert sich von 48 auf 55 Pf. Die ge-
forderten Aufschläge für Überarbeitsarbeit, Montagearbeit
usw. fanden gleichfalls die Zustimmung der Schreiner-
meister. Mit dem zum Abschluß gebrachten Vertrage
sind die Kollegen sehr zufrieden sein; hoffentlich werden
sie auch unsere Kollegen in diesem Begeir für die Zukunft
etwas rüchtiger zeigen als wie bisher.

In Hamburg wurde der Kampf der Möbelarbeiter in den Modellwerkstätten und Modelfabriken am 27. Oktober nach sechzehntägiger Dauer mit einem vollen Erfolg beendet. Bei den unter dem Protektorat des Eisenindustriellenverbandes gepflogenen Verhandlungen wurde die Arbeitszeit, die bisher noch bis 67 Stunden betrug, auf 55 Stunden festgesetzt mit der Maßgabe, daß die kürzere Arbeitszeit in den Betrieben, in welchen sie eingeführt ist, bestehen bleibt. Der Mindeststundenlohn beträgt 62 Pf., auf sämtliche Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 3 Pf. für Überzeit- und Nacharbeit erfolgt ein Zuschlag von 25 Pf. pro 50 Kreuzer. In den Modelfabriken und Eisenarbeiter-

25 bezw. 50 Proz. In den Modellfabriken und Eisengießereien ist die Bewegung der Modelltischler noch nicht beendet. Die Sistennmacher haben in den letzten Wochen ebenfalls einige wesentliche Erfolge erzielt. Durch partielle Bewegungen wurden in einigen Betrieben der Badistenbranche eine Lohnerhöhung um 5 Pf. pro Stunde erzielt. Der Mindestlohn beträgt jetzt für Sistennmacher 60 Pf., für Maschinenarbeiter 65 Pf. Die Arbeitszeit beträgt jetzt 53 Stunden. In einzelnen Betrieben wurde auch eine generelle Erhöhung der Akkordpreise um 10 Proz. erreicht.

In der Zigarettenindustrie sind die Verhältnisse weniger erfreulich. Hier gilt noch der Vertrag vom Jahre 1890. Ein verunglückter Wohlfahrtskampf im Jahre 1904 hat die Kollegen bis heute noch nicht frischen Mut schöpfen lassen. Im Gegensatz zu den Bremer Kollegen, die es in letzter Zeit verstanden haben, ihre Lebenslage beträchtlich zu verbessern. Die Zigarettenmacher schlafen und wollen aufcheinend nicht geweckt werden. Diese Gleichgültigkeit ist um so betrübender, als zurzeit keine Arbeitslosen vorhanden sind und die Unternehmer nach Arbeitskräften suchen. Über die Zigarettenmacher schauen zu und freuen sich ihres Lebens.

In Koblenz dauert der Streit in der Pianofortefabrik unverändert fort. Leider sind einige Unorganisierte als Streikbrecher zu verzeichnen. Die Direktion sucht jetzt Meister, welche sie vor einiger Zeit wegen ungenügender Leistungen aus dem Betriebe entfernte, wieder in den Betrieb hereinzuholen. Die Kollegen, die die Elite des Betriebes waren, werden unverdrossen an der Parole festzuhalten, nicht früher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis geeregte Verhältnisse geschaffen und vor allen Dingen die Streikbrecher aus dem Betriebe entfernt sind. Zugang ist fernzuhalten.

In Mülhausen haben im Laufe der verflossenen Woche sechs Meister, die zusammen 20 Kollegen beschäftigen, unsere Forderungen bewilligt. Arbeitgeberbund und Innung verhalten sich noch ablehnend, doch fängt es bei den Innungsmeistern an, zu bröckeln; einige haben unsere Forderungen anerkannt. Große Freude dürfte den Unternehmern das Bündschreiben eines Unorganisierten verursacht haben, in welchem ihnen geraten wurde, mit ihren Arbeitern selbst zu verhandeln, da die Mehrzahl derselben des Streikens müde sei. Der saubere Plan, auf diese Weise die Kollegen uneinig zu machen, schlug aber fehl. Der Briefschreiber wurde auf dem Streikbüro zur Rede gestellt und gab dort im Beisein zahlreicher Kollegen folgende Erklärung ab: „Ich, Emil Rombach, erkläre, daß ich das den Unternehmern zugesandte Schriftstück, worin ich dieselben aufforderte, sie möchten mit ihren Arbeitern einzeln verhandeln, da die Mehrzahl derselben für Aufnahme der Arbeit sei, vollständig aus eigener Initiative verfaßt und abgesandt habe. Ich habe von niemandem einen Auftrag erhalten und bedaure, diesen Schritt unternommen zu haben.“ Dieser Widerruf wurde in der „Mülhäuser Volkszeitung“ veröffentlicht. Der Zusammenshalt der Kollegen ist ein guter. Zugang ist fernzuhalten.

In Neu-Isenburg haben 29 Kollegen bei der Firma Wittich die Arbeit niedergelegt, nachdem die Unterhandlungen gescheitert waren. Herr Wittich sucht nun durch Anzeige 50 Schreiner auf Weismöbel, denen er nach vier Wochen die Fahrt vergüten will. Sein Augenmerk hat er besonders auf Orte gerichtet, wo weiße Möbel gemacht werden, so Wilsdruff in Sachsen, Heidelberg und Mühldorf in Bayern. Die Kollegen in diesen Orten werden eracht, diesen Unionen Aufmerksamkeit zu schenken und den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

In Oberhausen (Rheinland) wurde dem Ergebnis der Verhandlungen (siehe vorige Nummer der „Holzarbeiterzeitung“) sowohl von der Einigungsversammlung als auch in einer Versammlung unserer Kollegen einmütig zugestimmt. Damit ist der Friede für vier Jahre im Schreinergewerbe in Oberhausen gesichert. An den Kollegen liegt es nun, das, was im Vertrage festgelegt ist, auch voll und ganz zur Durchführung zu bringen.

In Saarbrücken, Lonißental und Brebach stehen die Kollegen nun schon die siebente Woche in einem erbitterten Kampf mit dem „Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Saargebiet“, dem sich die Schreinermeister in größerer

Bahl angeschlossen haben. Bei den Verhandlungen wurde uns der Mustervertrag für das Baugewerbe vorgelegt, der nicht nur keine Regelung, sondern direkte Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse mit sich bringt. Geboten wurde insgesamt eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und an Lohnherhöhungen für dieses Jahr 2 Pf. ohne Lohnausgleich, für das nächste Jahr 1 Pf. und für das Jahr 1913 2 Pf. Eine Versammlung der Streikenden lehnte diese Bugesständnisse einstimmig ab. Mit den Möbelgeschäften und Möbelschreinereien, denen noch einige kleine Bauschreinermeister gefolgt sind, haben wir vertraglich abgeschlossen, und zwar für die Möbelschreiner 6½ stündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich, 2 Pf. Lohnherhöhung für dieses und 2 Pf. für nächstes Jahr, für die Bauschreiner 6½ stündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich und die gleiche Zulage wie die Möbelschreiner, ferner eine Baugulage von 5 Pf. pro Stunde. Insgesamt arbeiten zu neuen Bedingungen 70 Kollegen. Die Verträge laufen bis 1912. In diesem Kampf haben wir die bürgerliche Presse, die hochwohllöbliche Polizei und Gendarmerie gegen uns; eine verbreitete Arbeiterpresse, mit der wir den Verleumdungen und Verdrehungen der Arbeitgeber entgegentreten könnten, haben wir nicht, und so ist der Kampf, den wir führen, doppelt schwer. Streikbrecher haben sich bis jetzt sehr wenig eingefunden, es arbeiten lediglich noch die von vorherhin stehengebliebenen Arbeitswilligen, ebenso einzelne Kleinräuber, die sonst das ganze Jahr nichts zu tun haben. Bustatten kommt uns die überaus günstige Bauconjunktur. Die Unternehmer, die am meisten in der Klemme stecken, suchen durch Scheininsserate Gläser, Rahmenmacher, Maschinenschreiner, Dreher, Treppenbauer usw. Auch das zieht nicht. Ein großer Teil Kollegen hat innerwärts Arbeit gefunden, trotz schwarzer Listen, und wenn wir unsere Kollegen nicht notwendig zum Streikpostenslehen brauchten, könnten wir noch einen erheblichen Teil unterbringen. Der Kampf steht sehr günstig. Wenn der Zugang wie bisher streng ferngehalten wird, werden wir die Unternehmer doch noch zu anderen Bugesständnissen zwingen.

In Schmälen scheint die Lohnbewegung der Knopf-
arbeiter im allgemeinen einen friedlichen Verlauf zu
nehmen, nur bei der Firma Niedmann u. Co., Horn-
knopffabrik, mußten 87 männliche und 24 weibliche Kollegen
am 24. Oktober die Arbeit einstellen. Es handelt sich um
eine Differenz von $\frac{1}{4}$ Pfennig bei 7 Positionen. Die Ar-
beiter hatten pro Gros Knöpfe $\frac{1}{2}$ Pfennig Zulage ver-
langt, die Firma will aber nur $\frac{1}{4}$ Pfennig gewähren und
veruft sich darauf, daß sie neue Maschinen habe, die nach
dem Brand im Winter angeschafft wurden. Dieser Grund
ist um so weniger berechtigt, als auch in anderen Fabriken
elegentlich neue Maschinen aufgestellt werden und die
Firma Niedmann u. Co. auch schon früher bei den alten
Maschinen schlechte Preise zahlte. Es wird gebeten, den
Kauf fernzuhalten.

Jede Stärkung unseres Verbandes verneht unsren Einfluß und bewirkt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen!

In Stolp dauert der Streit noch fort und die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinler sind unter Führung ihres Bezirksleiters Krzczlowski fortgesetzt bemüht, Streitbrecher heranzuholen. Allerdings mit wenig Glück. Erst kürzlich sind zwei Gewerbevereinler, die von Romberg hierher gebracht waren, empört über die traurige Rolle, die ihnen zugemutet wurde, zu unserem Verband vergetreten. Bekanntlich handelt es sich in Stolp darum, daß die Hirsche, die bei der Bewegung mit einigen 30 Mitgliedern in Betracht kamen, gegenüber etwa 160 Verbandsmitgliedern hinter dem Rücken unserer Kollegen einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen, der nicht nur völlig unzureichende Zugeständnisse, sondern sogar Bedingungen enthält, die noch vor nicht langer Zeit von den Hirschen als durchaus unannehmbar bezeichnet wurden. Sofort nach diesem famosen Vertragsabschluß setzte die Streitbrecherforschung der Hirsche ein. Nicht nur in der Tagespresse der weiteren Umgebung wurden vom Gewerbeverein in auffälligen Inseraten Streitbrecher gesucht, auch im Organ des Gewerbevereins, der „Eiche“, erschien längere Zeit hindurch das Streitbrecherjura der Ortsverwaltung in

... der Ortsverwaltung in
tolp, welches jetzt durch ein demselben
wedienendes Justizrat des Däniger
bezirks ersehnt wird. Viel Erfolg hat ja dieser Ver-
trag bisher nicht gezeitigt, um so größer ist die Wut der
Hirsche. Sie mobilisierten nicht nur die Polizei, sondern
allen den Streitbrechern sogar Ehrenwachen. Mit einer
Ennunziation unserer Kollegen sind sie allerdings ab-
fallen. Diese sind, trotz der Beleidigungen der Hirsche,
erigesprochen worden: Unsere Kollegen führen den Kampf
fort, und hoffen ihn trotz des Hirsch-Danckerschen Vertrags
greich zu beenden. Zugun ist streng fernzuhalten.

In Wilsdruff, Radeberg und Cunnersdorf bei Dresden ist eine Beendigung des Streiks der Weißmölbel- und Schreiner vorerst nicht abzusehen. Auf Veranlassung der sächsischen Streilentschädigungsgesellschaft fanden am 1. Oktober in Dresden gemeinsame Verhandlungen statt. Hierbei wurde über die Frage der Arbeitszeit eine Einigung erzielt. Da über die Erhöhung der Akkordpreise und der Stundenlöhne eine Einigung nicht zu erzielen war, so wurde ausgemacht, daß darüber in allen Betrieben zunächst Verhandlungen fortgesetzt werden sollen. Diese Sitzungen sind

druff dagegen haben die Unternehmer für die sogenannten ostdeutschen Arbeiten einen Tarif ausgearbeitet und ferner beschlossen, daß es auf die sogenannten modernen Arbeiten nichts gibt. Hierdurch würden gegen 60 Kollegen etwa vier Prozent Erhöhung erhalten und die übrigen 150 Kollegen gar nichts. Durch diesen Beschluß der Wilsdruffer Unternehmer sind auch die in Dresden vereinbarten Einzelverhandlungen unmöglich gemacht und nunmehr weder einmal alle Verhandlungen abgebrochen. Die Unternehmer haben nun beschlossen, eine großzügige Arbeitswissenssuche zu betreiben. Besonders wollen sie die Provinzen Posen und Schlesien selbst bereisen, ebenso Böhmen. Bisher sind weder aus den eigenen Reihen noch von auswärts Arbeitswillige zu verzeichnen, und hoffen wir, daß die Kollegen in Posen, Schlesien und in Böhmen jetzt ganz besonders auf dem Posten sind. Die Firma Eger u. Stoch in Wilsdruff, welche bisher an dem Streit unbeteiligt war, hat ihren organisierten Arbeitern am 29. Oktober gelündigt. Welchen Zweck diese Maßnahme hat, ist den Kollegen noch nicht so recht erfindlich. Sollte dies auf Beschluß des Unternehmerverbandes erfolgt sein, so dürften allgemeine Verhandlungen auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sein und dürfte damit gerechnet werden, daß in diesem Jahre eine Beilegung des Streits nicht mehr erfolgt.

ଶୁଣି

Die Knopfarbeiter führen sich. Wie ein frischer Wind geht es durch die Orte, in denen die Knopfindustrie, eine der schlechtest entlohten unseres Arbeitsgebietes, herrscht. Dass die beiden deutschen Zentren dieser Industrie, Frankenhausen am Kyffhäuser und Schmölln, in einer Lohnbewegung stehen, dürfte den Lesern bekannt sein. Aber auch die so oft als Konkurrenz angeführten Kollegen Österreichs sind nicht müßig geblieben. In Mechanik, Gerowitz, Neuhaus, Pardubitz, Ringelsdorf und anderen Orten wurden bereits im Laufe des letzten Sommers Lohn erhöhungen durchgeführt. Die Wiener Verlängerung haben soeben, ohne vorhergehenden Streit, mit ihren Meistern, die ihrerseits für Exporteure liefern, einen bis 1912 gültigen Allordtarif abgeschlossen, der eine Erhöhung der Lohnsätze um 4 bis 8 Heller pro Groß bringt. In Möltsburg und Bratelsbrunn wurden ab 1. Oktober sogar Steigerungen um 4 bis 16 Heller durchgesetzt. In Praslada in Böhmen trat am 1. Oktober ebenfalls ein neuer Tarif in Kraft, der gewöhnliche Zweilochknöpfe aus Massar um 4 bis 10 Heller, Pariser und Zellerbrettelfassons um 10 bis 80 Heller steigert. In den böhmischen Bezirken Gräfenthal und Teplitz-Prässisch sind die Kollegen eifrig an der Arbeit, die Steinnußknopfdrückler zu organisieren. Auch die böhmischen Arbeiter wollen sich heute nicht mehr als Lohnräuber gegenüber den deutschen Kollegen ausspielen lassen.

In Sarajewo in Bosnien ist der Streit der Tischler nach fünfwochiger Dauer erfolgreich beendet. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Allordarbeit abgeschafft wird. Die tägliche Arbeitszeit wird auf neun Stunden verkürzt und der Taglohn um 20 Heller erhöht. Außerdem sind noch verschiedene sonstige Verbesserungen erreicht. Unsere Bruderorganisation, der Galgarbeiterverband für Bosnien und Herzegowina, hat mit diesem Kampf eine Probe ihrer Leistungsfähigkeit abgelegt.

Aus der Holzindustrie

Herr Zahn in Stölln

Unsere, in dem Artikel mit der Ueberschrift „Der Bod als Gärtner“ in Nr. 42 der „Holzarbeiterzeitung“ vor- genommene Kennzeichnung der Methoden, die der Kölner Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes, Herr Jahn, anwendet, um die unter seiner Leitung stehende Schlichtungskommission in Grund und Boden zu wirtschaften, hat die Betroffenen sehr unangenehm berührt. In einem längeren Schreiben, welches außer von Herrn Jahn noch von fünf anderen Herren bezw. Firmen, den Vorstandsmitgliedern des Kölner Bezirksverbandes des Arbeitgeberschutzverbandes unterzeichnet, und in der „Fachzeitung“ abgedruckt ist, wird dagegen protestiert. Die Herren verlangen Genugtuung für die Herrn Jahn durch uns widerfahrene Behandlung, und wir sind gern bereit, uns noch einmal mit ihnen über die Dinge auseinanderzusetzen.

Es handelt sich da um drei Fälle, die wir in der gleichen
Reihenfolge behandeln wollen, wie es das Schreiben der
Kölner Schuhverbändler tut. Zunächst also der Fall mit
der Firma Vorheim, die sich weigerte, einem Kollegen
die Differenz zwischen dem Lohn und dem Akkordpreis
entsprechend den Bestimmungen des Tarifvertrages auszu-
zahlen und dazu erst vom Gewerbegericht verurteilt werden
musste. Der Schuhverband will an der Hand der Bücher
der Firma nachweisen, daß der Arbeiter gebummelt
habe. Das soll aus einer Aufstellung hervorgehen, wonach
der Betreffende in der Zeit vom 18. Juli bis 15. August
zusammen 24½ Arbeitsstunden versäumt hat. Aus diesem
Grunde wäre der Anspruch auf Lohngarantie verwirkt.
Nun geht aber, wenn man den Entlassungstag und den
Lohn für die fragliche Arbeit in Betracht zieht, her vor, daß
der Kollege den betreffenden Akkord nicht vor dem 6. August
begonnen haben kann. Die angeblichen Versäumnisse, die
vor diesem Termiu fallen, müssen also für die Frage, ob
bei dem Akkord gebummelt wurde, außer Betracht bleiben.
In die kritische Zeit fällt nur die Versäumnis am 15. Au-
gust, an welchem Tage der Kollege, wie glaubhaft nach-
gewiesen ist, wegen Krankheit seiner Frau nicht zur Arbeit
gehen konnte. Der Vorwurf des Blaumachens ist also
widerlegt. Und wie die Firma die angebliche frühere
„Bummeli“ bewertet, geht daraus hervor, daß sie dem
Kollegen bei der Nebernahme des strittigen Akkords den
Abschlag bezw. den Stundenlohn um 2 Pf. erhöhte, mit dem
ausdrücklichen Bemerk: „Weil Sie fleißig ge-
wesen sind.“ Mit dem rechtlich erhobenen Vorwurf
der „Bummeli“ ist das wohl nicht gut vereinbar.

In dem Schreiben des Schuhverbandes wird dann gefragt: „Oder hat Herr Hoffmann (der Inhaber der Firma Wormheim) gelogen, als er buchgemäß nachwies, daß andere Besellen an derselben Arbeit die Stunde 1,03 M. verdient hätten?“ Daz Herr Hoffmann gelogen hat, haben wir nicht behauptet, aber wir bestreiten, daß er diesen Nachweis

unseren Kollegen geliefert hat. Dagegen ist es Tatsache, daß der Vertreter der Firma vor dem Gewerbege richt angehen mußte, daß diese Arbeit nach neuer Rechnung das erste mal im Betrieb gemacht worden ist. Welchen Wert demgegenüber der angeblich hoch genügende Nachweis des Herrn Hoffmann hat, kann sich jeder leicht denken.

Sehr entzückt ist Herr Zahn über die von uns gegebene Darstellung seiner Wirtschaftlichkeit vor dem Gewerbege richt. Dass seine Vorstandskollegen ihn auch in diesem Punkte desto und die Nichtigkeit dessen bezeugen, was Herr Zahn als seine angebliche Aussage vor Gericht gärt, macht dem Vertrauen, welches sie ihrem Vorständen entgegenbringen, alle Ehre. Sie waren aber mit ihrer Zeugenschaft etwas voreilig und leichtsinnig, zumal sie ja die Vorgänge vor dem Gewerbege richt aus eigener Anschauung gar nicht kennen. Hätte nämlich Herr Zahn als Sachverständiger das Gutachten abgegeben, welches er jetzt anführt, dann hätte sich bei dem Gewerbege richtsvorstand unmöglich die Annahme feststellen können, daß mit der vertraglichen Lohngarantie nur die Sicherung des Altkordlohnens gemeint sei. Hätte doch unser Bevollmächtigter als Vertreter des Kollegen in der zweiten Verhandlung vor dem Gewerbege richt alle Mühe, den Vorständen von der irrgewissen Aussage abzubringen, die er sich auf Grund des Gutachtens des Herrn Zahn gebildet bezüglich dieses Gutachten bei ihm gefestigt hatte.

Der zweite Fall betrifft den Vorwurf, daß Herr Zahn die Beschlüsse der Schlichtungskommission in dem Falle Van Thiel nicht ausgeführt habe. Hierbei kommen mehrere Momente in Betracht. Zunächst der Streit über die Auslegung des Begriffes Durchschnittslohn. Unsere Kollegen haben die Aussage vertreten, und die Zentralvorstände haben ihnen auch darin recht gegeben, daß jeder Durchschnittsarbeiter den Durchschnittslohn erhalten müsse. Dementsprechend verlangten sie, daß diejenigen Arbeiter, die bei Inkrafttreten des Vertrages noch unter dem Durchschnittslohn entlohnt würden, aber tatsächlich Durchschnittsarbeiter waren, den Durchschnittslohn erhalten. Selbstverständlich mußten diese Kollegen am 1. Juni auch die vertragsmäßige Zulage von 1 Pf. erhalten. Herr Zahn dagegen vertritt die Ansicht, daß der Vertrag erfüllt sei, wenn am 1. Juni die Zulage von 1 Pf. gezahlt wird. Er meint, daß alle diejenigen, die beim Inkrafttreten des Vertrages keine 56 Pf. Lohn hatten, auch keine Durchschnittsarbeiter seien. Diese Erklärung wird er, wie er selbst sagt, nicht müde, jedem zu geben, der sie hören will. Daraus müssen notwendig Differenzen entstehen, denn tatsächlich wurden vorher auch Durchschnittsarbeiter unter dem Durchschnittslohn entloht. Unsere Verwaltung hat aber nachweisbar nur für solche Arbeiter den Durchschnittslohn verlangt, die wirklich Durchschnittsarbeiter waren.

Zu den Firmen, bei welchen es deswegen zu Differenzen kam, die dann durch den Spruch der Zentralvorstände entschieden wurden, gehörte auch die Firma Van Thiel. Wenn Herr Zahn nun meint, daß nach dem Eingang des Entschiedes der Zentralvorstände eine Sitzung der Schlichtungskommission nicht notwendig gewesen sei, so befindet er sich in einem Irrtum. Haben doch, als dann endlich am 26. August die Sitzung stattfand, nicht nur unsere Vertreter, sondern auch die des christlichen Verbandes energisch gegen die Verschleppung protestiert. (Nebenbei bemerkt, ist auch die Annahme des Herrn Zahn unzutreffend, als ob die Zentralvorstände seine Ansicht als die richtige Aussage des Begriffes Durchschnittslohn bestätigt hätten.) Dadurch nun, daß Herr Zahn wie vielen anderen Leuten, so auch Herrn Van Thiel seine falsche Erklärung des Begriffes Durchschnittslohn gab, hielt sich dieser nicht für verpflichtet, den Durchschnittslohn den Karren zu zahlen, die darauf Anspruch hatten. Herr Van Thiel drängte übrigens selbst auf eine Erledigung seines Falles durch einen Spruch der Schlichtungskommission.

Der Spruch der Schlichtungskommission ging dahin, daß Van Thiel den Durchschnittslohn rückwirkend für 2 Wochen zu zahlen habe. Damit hielt Zahn die Sache für erledigt. Herr Van Thiel auch Mitteilung von dem Spruch zu machen, hielt er nicht für erforderlich. Dabei war er in der Sitzung ausdrücklich gefragt worden, ob er den Beschluss der Firma Van Thiel mitteilen wolle, worauf er antwortete: „Aber selbstverständlich muß ich das tun.“ Nach der Sitzung hielt es aber Herr Zahn für selbstverständlich, die Mitteilung an Herrn Van Thiel zu unterlassen und so die Ausführung des Beschlusses der Schlichtungskommission zu verhindern. Und dann ist der gute Mann noch erstaunt, als er von den beiden Gewerkschaften die Nachricht von dem an die Firma Van Thiel gerichteten Ultimatum erhält.

Der dritte Fall betrifft die Art, wie Herr Zahn den Auftrag, den Obmann des Einigungsausschusses, Herrn Dr. Sauer, zu einer Sitzung des Einigungsausschusses einzuladen, ausgeführt, oder richtiger nicht ausgeführt hat. Hier liegt die Sache durchaus so, wie wir sie geschildert haben. Herr Zahn sagt jetzt, er hätte die Einladung unterlassen, weil er inzwischen erfahren halte, daß Herr Dr. Sauer vertreibt sei. Auf die telefonische Anfrage seitens des Holzarbeiterverbandes will er geantwortet haben, Dr. Sauer sei verreist, und von seiner Mündigkeit wurde ihm Mitteilung gemacht werden. Das ist eine sehr faule Ausrede. Tatsächlich hat nämlich Herr Zahn gesagt, er hätte mit Herrn Dr. Sauer gepröchen und dieser hätte sich auch bereit erklärt, die Sache zu übernehmen. Herr Zahn hat anstrengend vergessen, daß er die gleiche Auskunft auch dem Beamten des christlichen Verbandes gegeben hat, sonst hätte er sich wohl eine klügere Ausrede ausgedacht. Hierbei kommt noch in Betracht, daß nach der Geschäftsordnung als Vertreter des Obmannes des Einigungsausschusses Herr Dr. Mich vorgetragen ist. Hatte Herr Zahn gesagt, daß er mit Dr. Sauer noch nicht gepröchen hat, dann wäre natürlich von unseren Kollegen beantragt worden, diesen Vertreter einzuladen.

Um seine Steinwürzung zu vervollständigen, stellt es Herr Zahn so hin, als hätte unser Bevollmächtigter den Zusatz, daß er von der Rückkehr des Herrn Dr. Sauer früher Kenntnis erhalten hat, dazu benötigt, um durch das Schreiben vom 20. August sich an ihn zu wenden, und so gut (Zahn) autorisiert zusammen. Tatsächlich hat aber unser

Bevollmächtigter schon in einem Schreiben vom 12. August Herrn Zahn darauf aufmerksam gemacht, daß Herr Dr. Sauer zurückgekehrt ist. Herr Zahn beharrte aber ruhig weiter in seiner Unfähigkeit, bis er das, durch die Anfrage unseres Bevollmächtigten veranlaßte Schreiben des Gewerbege richtsvorstandes erhielt.

Bei dieser Sachlage haben wir keine Veranlassung, auch nur das geringste von dem zu unterschreiben, was in dem Artikel „Der Volk als Märtyrer“ gesagt ist. Bedauern können wir nur die Vorstandsmitglieder des Schuhverbandes in Köln, die das an sich recht unerkenntliche Solidaritätsgefühl mit ihrem Vorständen dazu verleitete, sich in eine Fäkte einzulassen, bei welcher für sie keine Vorbeeren zu entziehen sind.

Noch eine Muster-Schlichtungskommission. Zu dem im vergangenen Frühjahr in Stettin abgeschlossenen Tarifvertrag ist, wie in den meisten anderen Verträgen, eine Schlichtungskommission vorgesehen, welche spätestens drei Tage nach ihrem Aufruf zusammenzutreffen hat, um austastende Differenzen zu schlichten. Die Vertreter, welche der Arbeitgeberverbund in Stettin in diese Kommission delegiert hat, scheinen aber eine ganz merkwürdige Aussage von ihren Pflichten zu haben, wie der nachfolgende Fall beweist.

Beim Tischlermeister Schild kam es zu Differenzen, weil der Meister Abzüge vornehmen wollte. Der Versuch unserer Verwaltung, die Sache direkt zu schlichten, schiederte. Die Angelegenheit mußte also der Schlichtungskommission überwiesen werden. Diese wurde am 5. Oktober angerufen, am 10. Oktober war aber noch keine Sitzung anberaumt. Inzwischen hatte sich der Vorstand in dem Betriebe verschärft. Ein Kollege war, weil er an dem reduzierten Preis nicht arbeiten wollte, entlassen worden, andere hatten die verlangten Nebenstunden verweigert. Jetzt wurde von unseren Kollegen erneut die sofortige Einberufung der Schlichtungskommission verlangt, und nun endlich erfolgte deren Einladung zum 11. Oktober. Mittlerweile hatten die Arbeiter von Schild, erbittert durch die Maßregelung des Kollegen und wegen der Verzögerung der verlangten Schlichtungskommissionssitzung, die Arbeit eingestellt. Diese Arbeits-einstellung war gegen den Willen der Volksverwaltung erfolgt, und die Kollegen wurden verpflichtet, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, was sie auch taten.

Damit war auch dem Schuhverband der Vorwand für die Nichteinberufung der Sitzung genommen; dessen Vorstand hatte nämlich den Zusammentritt der Kommission von der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig gemacht. Nun wurde erneut Termin für die Schlichtungssitzung auf den 14. Oktober angesetzt. Die Arbeitervertreter sowie auch Herr Schild waren pünktlich zur Stelle, wer aber nicht erschien, waren die Kommissionssolidaristische Mitglieder des Arbeitgeberverbands. Die Gewerkschaften scheinen diese Brüderlichkeit aus Prinzip zu betreiben, denn kurz zuvor waren sie bei einem anderen Fall ebenfalls nicht zur Sitzung erschienen.

Lebt teilte unsere Verwaltung dem Schuhverband mit, daß wir bei der Wiederholung solcher Fälle genötigt sein würden, selbständig vorzugehen. Es schien, als wollte der Schuhverband daraufhin einlenken; zum 21. Oktober wurde wieder eine Sitzung einberufen. Über die Arbeitgeber sahnte ihre Obstruktion fort. Zum dritten Male war kein Arbeitgebervertreter zur Schlichtungskommission erschienen. Will man es unseren Kollegen verdenken, wenn ihnen nun der Geduldsspann reißt? Sie versuchten noch einmal, aber wiederum vergeblich, eine direkte Verständigung mit Schild herbeizuführen, und nun gab auch die Verwaltung ihre Zustimmung dazu, daß die Kollegen, welche ihre Arbeit fertig hatten, die Arbeit einstellen. Am 24. Oktober berief dann der Vorsitzende der Schlichtungskommission eine neue Sitzung auf den gleichen Abend, unsere Kollegen hatten aber keine Lust, dies Pausenspiel fortzusetzen und verzichteten darauf, wegen des Falles Schild noch einmal eine Schlichtungskommissionssitzung zu besuchen, bei der sie befürchten müßten, zum vierten Male zum Narren gehalten zu werden. Und da wundert sich der Arbeitgeberverband, wenn wir an dem ehrlichen Willen seiner Mitglieder zweifeln, die im Verträge übernommenen Pflichten zu erfüllen.

Ist das Vertragstreue? In Eisenberg ist der zum 31. Dezember ablaufende Tarifvertrag gefündigt worden. Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages sind noch nicht geführt, aber schon versendet der Bezirksverband Eisenberg des Arbeitgeberverbandes Schwarze Listen. Selbstverständlich sind diese Urabtisse streng vertraulich gehalten, was aber nicht hinderte, daß sie auch uns zur Kenntnis gekommen sind. Die Listen enthalten die Namen der in Eisenberg beschäftigten Tischler und Pianofortearbeiter und es wird gebeten, diese Arbeiter nicht einzustellen.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Zentralleitung des Arbeitgeberverbandes von diesem Vorgehen seines Eisenberger Bezirksverbandes keine Kenntnis hat. Aber auch dann, wenn die Eisenberger Unternehmer auf eigene Verantwortung vorgegangen sind, bedeutet das einen eklatanten Bruch des bis zum 31. Dezember bestehenden Vertrages. Wir können die Unternehmer nicht hindern, in Kampfzeiten sich der Schwarzen Listen zu bedienen, um die Arbeiter zu schädigen; aber die Anwendung solcher Kampfsmittel in Friedenszeiten verstößt gegen Christen und Glauben, und ist ein erneuter Beweis dafür, wie notwendig es ist, den Beleidigungen der Friedensliebe des Arbeitgeberverbandes mit dem größten Misstrauen zu begegnen.

Ein hartnäckiger Schwindler ist der christliche „Holzarbeiter“. Wir haben ihm in unserer Nr. 42 den hündigen Nachweis geliefert, daß seine Behauptung bezüglich der günstigen Mitgliederentwicklung der christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, die den Kirchgang gingen, falsch sei, und daß

seine weitere Angabe, wonach sich die Gewerkschaften und Kassenbestände der christlichen Gewerkschaften besser entwickeln als die der Sozialdemokraten, der Wahrheit widerspricht. Gegen die letztere Feststellung wagt das Christentum keine Einwendung mehr, aber die Antwort, die der christliche „Holzarbeiter“ in seiner Nr. 43 auf unsere Feststellung bezüglich der Mitgliederzahlen macht, läßt so recht die Kampfesmethode der M. Gladbach'schen Jesuitenmäuler erkennen. Das Organ der Christen hatte die Annahme der christlichen Gewerkschaften von Jahr einschluß zu Jahr einschluß verglichen mit der Annahme der freien Gewerkschaften im Jahre vorher geschüttet. Das ist ein unlauteres Manöver und auf dem Schwundel errappt, hätte der Christ, wenn er seine Gründe nicht eingestehen wollte, wenigstens schweigen sollen. Stattdessen fügt er sich auf hohe Nost und wirft uns Mogelei vor. Er beruft sich auf das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, dem er die Angabe über die Annahme der freien Gewerkschaften entnommen haben will. Dort ist aber neben der Annahme im Jahresdurchschnitt auch die von Jahresschluß zu Jahresschluß angegeben. Der christliche „Holzarbeiter“ kennt also die richtige Quelle, und er hat sein Fälscherkunststück mit voller Absicht ausgeführt. Dass er angesichts dieser Tatsache noch wagt, die gekennzeichnete Motiv in seiner Nr. 43 zu bringen, ist bezeichnend für die — christliche Moral.

Gewerkschaftliches.

Die Lehren eines Eisenbahnerstreits.

Aus Paris wird uns geschrieben: Im April 1909 fand der Kongreß des französischen Eisenbahnerverbandes den Beschluss, in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten. Die Löhne des französischen Eisenbahnerpersonals sind in der Tat sehr schlecht, wenigstens soweit das niedere und mittlere Personal in Frage kommt. Ganz abgesehen von den Lastträgern, die auf die Erträge angewiesen sind, finden wir Löhne von 840 Fr. jährlich, und der größte Teil des französischen Eisenbahnerpersonals verdient weniger als 4 Fr. täglich. Eine Ausnahme bilden die Lokomotivführer und Heizer, die etwas besser bezahlt werden, deren Löhne sich jedoch zur guten Hälfte aus Prämien zusammensetzen; außerdem leiden sie, wie der größte Teil der Eisenbahner, unter einer überlangen Arbeitszeit, die manchmal bis 18 und 19 Stunden beträgt.

Der Centralverband der Eisenbahner zählte damals ungefähr 50.000 Mitglieder. Neben diesem bestanden noch einige gewerkschaftliche Verbände mit etwa 25.000 Mitgliedern. Das gesamte Personal der französischen Eisenbahnen — die Kleinbahnen nicht eingerechnet — beläuft sich auf rund 300.000. Der Beschluss diente zunächst als Agitationmittel, und es gelang dem Verband auch, bis zum Herbst d. J. seine Mitgliederzahl zu verdoppeln. Außerdem wurde mit dem Verband der Lokomotivführer und Heizer, der etwa 16.000 Mitglieder zählt, im Sommer d. J. ein Schutz- und Trubelbündnis für Wohlämpfe abgeschlossen. Die Beiträge sind im Eisenbahnerverband noch niedriger. Sie betragen 80 Fr. vierteljährlich, wovon 36 Fr. in die Hauptfasse fließen. Das Vermögen des Verbandes betrug am 1. Juli 1910 etwa 64.000 Fr. Die Entwicklung der Organisation wurde durch innere Rämpfe zwischen Revolutionären und Reformisten behindert, Rämpfe, die im Frühjahr 1910 zur Demission des langjährigen gemäßigten Generalsekretärs des Verbandes, Guérard, führten. Die Gemäßigten wurden immer mehr zurückgedrängt und besonders seit der Demission Guérards bekamen die Revolutionäre immer größeren Einfluß.

Im Mai d. J. wandte sich die Leitung des Eisenbahnerverbandes an die Direktionen der Eisenbahngeellschaften mit dem Erfuchen, unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten gemeinsame Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu legen. Dieses Erfuchen wurde seitdem zweimal wiederholt. Der Ministerpräsident erklärte wohl seine Bereitwilligkeit, die Verhandlungen zu leiten, die Eisenbahngeellschaften sandten es aber nicht einmal der Rücksicht, mehr als Dreiviertel der französischen Eisenbahnen befinden sich noch in Händen des Privatkapitals. Es sind das von den Hauptbahnen die Est, die Nord, die Orléans, die Paris-Mittelmeer- und die Südbahn. Die Westbahn und ein kleiner Bahnhof im Südwesten sind staatlich. Der Staat hat über die Bahnen ein Aufsichtsrecht, er hat das Recht, in die Arbeits- und Pensionsbedingungen der Angestellten einzutreten, und er ist außerdem am Gewinn beteiligt. Er garantiert bis zu 4 Proz. die Verzinsung des investierten Kapitals und teilt mit den Gesellschaften den überschüssigen Gewinn, ist aber an dem Gewinn des nicht garantierten Kapitals nicht beteiligt.

Mit dem Fortschreiten der Agitation kam es auch zu immer häufigeren Maßregelungen seitens der Gesellschaften, Maßregelungen, die offenbar darauf hinausliefen, die Eisenbahner zu unbedachten Streiks anzuregen. Die Regierung tat nichts, um die Eisenbahngeellschaften zu Verhandlungen zu nötigen, obwohl sie genügend Mittel dazu in der Hand hatte. Im September d. J. kam es auch auf der staatlichen Westbahn zur Entlassung eines Vorstandsmitgliedes des Verbandes wegen Verfehlung einer Broschüre. Es kam auch zu mehrfachen Streiks. Im Frühjahr führten die Südbahnangestellten einen erfolglosen Streik, im Sommer kam es auf der Westbahn zu einem Streik der Weichensteller und auf der Nordbahn zu zwei lokalen Streiks. Es gelang der Verbandsleitung jedoch stets, diese Streiks zu lokalisieren und zum Scheitern zu bringen. Anfangs Oktober wurde nochmals eine Delegation zum Ministerpräsidenten geschickt. Der Ministerpräsident erklärte sich bereit, die Forderungen der Eisenbahner den Kompanien zu übermitteln und dem Verbandskomitee die Antwort der Eisenbahngeellschaft mitzuteilen. Er ließ aber keinen Zweifel darüber, daß wenig Hoffnung auf Erfüllung der Forderungen besteht, daß die Verhandlungen jedenfalls sehr langwierig sein würden und daß die Regierung andererseits jeden Versuch der allgemeinen Arbeitseinstellung mit den schärfsten Mitteln bestrafen werde.

Es war allerdings von den Organisationen ins Auge gesetzt worden, ihre Forderungen — 4 Fr. täglich Mindestlohn, Mischwirkung des (im Vorjahr in Kraft getretenen

verbesserten) Pensionsversicherungsgesetzes, Regelung der Arbeitsverhältnisse — eventuell durch den Streit durchzusehen. Zu diesem Zwecke war ein geheimes Streitkomitee gewählt worden, das Vollmacht hatte, den Generalstreit auf allen Eisenbahnen zu erklären. Vorher sollten jedoch alle friedlichen Mittel erschöpft werden. Die Regierung hatte ihrerseits bekanntgeben lassen, daß sie im Falle eines Generalstreits der Eisenbahner diese mobilisieren würde. Das Mindeste, was man dagegen sagen kann, ist, daß diese Stellungnahme nicht geradezu angefan war, die Eisenbahn- gesellschaften zum Nachgeben zu veranlassen.

Wenige Tage nach der Audienz beim Ministerpräsidenten, am 9. Oktober, brach auf den Pariser Werkstätten der Nordbahn ein Streit aus wegen Verweigerung einer Lohnzulage als Erfah für den Ausfall gebräuchlicher Überstunden. Die Regierung schidte Geniesoldaten zum Erfah der Streikenden, worauf auch die Lokomotivführer und Heizer den Dienst verweigerten. Das Verbandskomitee der Nordbahn erklärte darauf den allgemeinen Ausstand auf allen Nordbahnenlinien, was die Direction mit der Entlassung des Vorsitzenden des Verbandes der Lokomotivführer und Heizer und die Regierung mit der Einberufung der Eisenbahner der Nordbahn zu einer „Waffenübung“ von 21 Tagen beantwortete. Darauf erklärte das geheime Streikkomitee den Generalstreik auf allen Eisenbahnenlinien, worauf die Regierung mit der Einberufung aller Eisenbahner zu einer Waffenübung und mit der Verhaftung der meisten Mitglieder des Streikkomitees und der bekannten Führer der Eisenbahner beantwortete. Alle diese Maßnahmen waren Schlag auf Schlag erfolgt und hatten sich innerhalb dreier Tage vollzogen. Von einem Versuch der Regierung durch Vermittlung den Streit zu verhüten, war nirgends eine Spur. Dagegen musste die Entsendung von Militär zum Streikbruch und die gewaltsame Umwandlung der Streikenden in Streikbrecher unter der eisernen Fuchtel der Militärgerichtsbarkeit die Eisenbahner zum Neuersten freiben. Dabei ist den Eisenbahner in Frankreich von jeher das Streikrecht zugestanden, im Vorjahr erst auf der Parlamentssitzung ausdrücklich vom Eisenbahnminister und dem Ministerpräsidenten anerkannt worden. Lebzigens haben die Eisenbahner oft in partiellen Streiks und 1891 und 1898 in versuchten allgemeinen Streiks davon Gebrauch gemacht, ohne daß gegen sie mehr unternommen worden wäre, als sonst bei Streiks gegen Arbeiter der Privatindustrie.

Was nun folgte, war sozusagen unausbleiblich. Der Generalstreik war erklärt, ehe er organisiert war. Die Arbeit musste eingestellt werden, und es war daher unmöglich, den Provinzorganisationen die Streikorder durch Vertrauensleute des Fahrpersonals auszustellen. So mietete man Automobile und sandte Emissäre ins Land, da den Streikenden „natürlich“ weder Telegraph noch Telephon zur Verfügung standen. Ehe diese Emissäre aber noch ausgeschickt, ehe der Generalstreik noch erklärt war, hatte die Regierung schon Befehl erteilt, diese Emissäre zu verhaften; was auch prompt ausgeführt wurde. Alle Wahnhäuser usw. wurden mit Militär und Polizei besetzt, „Attentate“ auf allen Punkten organisiert. Zugleich würden die Plakate der Eisenbahner von der Polizei abgerissen und eine unschöne Lügenkampagne der gesamten bürgerlichen Presse organisiert. Um nur ein Beispiel anzuführen: Ein bürgerliches Provinzblatt berichtete, ausgeschmückt mit haarsträubenden Details, wie eine Wand von 200 Streikenden

die Frau und die Kinder eines Arbeitswilligen mishandeln haben. Die gesamte Presse drückte die Schauermär nach. Der Abgeordnete des Kreises fährt schleunigst heim, um am Ort und Stelle eine Enquête zu führen. Am Tatort am gesuchtenen Geschüte etw^as weiß. Zur Dementierung hat sich die bürgerliche Presse, die in Frankreich sozusagen eine Monopolstellung einnimmt, natürlich nicht bequemt. Dabei hagelte es nur so Verhaftungen. Da wurde ein Platalansleber wegen unerlaubten Waffentragens verhaftet; er hatte einen Pfeifenzieher in der Tasche! Dre Streitende wurden zu Gefängnis verurteilt, weil ein vierter in ihrer Gegenwart Streitbrechern das Wort „Gaulenzer“ zugeraufen hatte.

Nach einer Woche war der Streit gebrochen, die Aufhebung des Streiks beschlossen. Aber um welchen Preis? Die Gesetze auf Anweisung der Regierung geschändet, die Abgeordneten selbst unter Quarantäne gestellt, die Mythen von der Heiligkeit der Armee zur Verteidigung des Vaterlandes zerstört. Der größte Teil der Streitenden leistete der Einberufungsorder keine Folge, die arbeitenden Eisenbahner waren als Soldaten nicht den Militärbehörden sondern den Eisenbahndirektionen unterstellt, die das Recht hatten — und zur Stunde noch haben —, die Soldaten zu entlassen. . . Eigentlich müssten die Eisenbahner, die den Einberufungsorder keine Folge geleistet haben, mit Arrest bestraft werden; aber wo die Arrestlokale hernehmen und wo vor allen Dingen Ersatzkräfte hernehmen?

Die Situation, in die sich die Regierung mit der Repression gebracht hat, so schwierig und folgenschwer sie auch sein mag, ist doch nur ein Kinderspiel neben dem, was der Streik heraufbeschworen hat. Nicht nur die industrielle Produktion, auch die Beschaffung der Lebensmittel, besonders in den großen Städten, hängt von dem Transport der Eisenbahnen ab. Ein Stocken des Eisenbahnbetriebes bedeutet die Unterbindung der Pulsadern der kapitalistischen Produktion, bringt das Land in die Lage einer belagerten Festung. Der Streik mußte also vermieden werden, entweder durch die rücksichtsloseste Repression oder durch das Nachgeben vor Eisenbahnoptikionen. Da es im kapitalistischen Staate eine „neutrale“ Regierung, die bei Wohlkämpfen unparteiisch bleibt, nicht gibt, nicht geben kann, wäre ein Nachgeben nur möglich gewesen, wenn die Organisation der Eisenbahner stärker als die organisierte Staatsmacht gewesen sein würde. Auf keinen Fall hätten sich aber die Eisenbahner vorschnell zum Streik provozieren und ihren ganzen Organisationsplan über den Haufen lassen dürfen.

Die gesetzlosen Mittel, die die Regierung zur Niederwerfung des Streiks hat anwenden müssen, zeigt immerhin die Macht der Organisation der Eisenbahner. Dass die französische Bourgeoisie sich der Brand, Millerand und Bivani dazu bedienten, Leute, die als ehemalige Sozialisten durch ihren Verrat die nötige Gruppenlosigkeit und Sachkenntnis besitzen, zeigt, wie schlecht es mit dieser Bourgeoisie schon steht.

Nun schreit die bürgerliche Presse nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter, nach der Entziehung des Streifrechts für die Eisenbahner. Der vorjährige Streik der Postbeamten, die kein Streifrecht besitzen, zeigt, daß mit der Entziehung des Streifrechts nicht viel getan ist, und gegen Ausnahmegesetze haben sich die Arbeiter immer zu wehren gewußt. Die großen Lehren des Eisenbahnerstreiks liegen

in der Demonstration der Macht der Arbeiter, in der Demonstration der Grenzen dieser Macht, Grenzen, die durch die Stärke der Organisation der Arbeiter gegeben sind und schließlich in der Demonstration der Gewebeverachtung der Bourgeoisie. Sie hat es vorgezogen, die zu ihrem Schutz gegebenen Befehle zu schänden, sie hat vorgezogen, das Prestige der Armee und des Vaterlandes mit plumper Hand zu zerstören, als ein Teil ihres Profits in Gefahr war, einzigt, weil sie sich noch als die Stärkere fühlt. Die französische Bourgeoisie triumphiert jetzt und preist Herrn Brion. Wie glauben, daß sie sich einer grausamen Zäuschung hingibt.

Der Streik der Straßenbahner in Bremen, welcher der Preussischen Polizei Gelegenheit gegeben hat, zu beweisen, daß sie in bezug auf die Anstellung von Tumulten mit der Berliner „Sicherheitsbehörde“ erfolgreich konkurrieren kann, ist beendet. Die Angestellten haben einen vollen Sieger errungen. Die Direktion hat sich, so schwer es ihr auch gefallen sein mag, genötigt gesehen, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten ausdrücklich anzuerkennen. Es wird ein Ausschuß der Angestellten gewählt, dem bei einer Entlassung die Gründe mitgeteilt werden. Das ist ein gewisser Schutz gegen Maßregelungen. Neben einigen anderen Zugeständnissen haben auch die Löhne eine angemessene Aufbesserung erfahren. Das ist ein Erfolg, der ausschließlich der Organisation zu danken ist.

christliche Gewerkschaften sind Zentrumsorganisationen. Diese Tatsache ist längst bekannt, aber die christlichen Gewerkschaftsführer geben sich unausgesetzt Mühe, sie zu bestreiten, obwohl das ganze Tun und Lassen der christlichen Verbände ganz offensichtlich darauf abzielt, die Interessen der Zentrumspartei zu fördern. Angesichts solcher Ableugnungsversuche ist es wichtig, die Fälle festzuhalten, in denen ein christlicher Führer ausnahmsweise einmal der Wahrheit die Ehre gibt. Das hat kürzlich der Zentrumsabgeordnete Justizrat Trimbach auf dem Zentrumsparteitag für den Regierungsbezirk Trier, der in Neunkirchen abgehalten wurde, getan. In einem Zentrumsorgan, der „Trierschen Landeszeitung“ vom 18. Oktober wird darüber berichtet:

„Justizrat Trimborn erklärte vorweg, daß die Liberalen nicht auf ihre Rechnung kommen würden, wenn sie glaubten, die Anhänger der beiden gewerkschaftlichen Richtungen stießen aufeinander und führten einen Krach herbei. Das Zentrum sei nicht der Boden, auf welchem die Gewerkschaftsfrage gelöst werden könnte. Wir müssen stets festhalten, daß beide Richtungen dem Zentrum dienen wollten, daher gehe uns der Streit in dieser Versammlung nichts an.“

Es ist wie gesagt, keine neue Offenbarung, daß die christlichen Gewerkschaften ebenso wie die katholischen Fachabteilungen die Aufgabe haben, dem Zentrum zu dienen; es ist aber anerkennenswert, daß es von zuständiger Stelle so offen ausgesprochen wurde.

Briefkasten

* Mit Rücksicht auf den preußischen Fuß- und Wettag
muss die Nr. 47 schon am Sonnabend, den 12. November,
abgeschlossen werden. Wir bitten unsere Korrespondenten,
dies zu beachten.

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das 1. Halbjahr 1910.

B o r o x t	Einnahme												Ausgabe												Zahl der Mitglieder des Halbjahrs zum Schluß des vorigen Halbjahrs																														
	Stellung beend vom vorigen Halbjahr						Beiträge aus der Hauptstelle						Gefamteinnahme						Diäten u. Fahrgelder für Referenten						Diäten u. Fahrgelder für sonstige Reisen						Drucksachen und Unterlage			Posto und Schreibmaterial			Persönliche Verwaltungskosten			Gefamtausgabe			Stoffenbestand in Sachstellen in anderen Orten			Stoffenbestand für das nächste Halbjahr in Sachstellen in anderen Orten			Zahl der Sanierun- gungen			Unter- suchungen und Vermitt- lungen		Zahl der am Schluß des Halbjahrs zum Gau gehörigen	
	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J	x	y	M	J							
Danzig	470	46	4421	98	286	—	12	—	4718	08	1057	45	1426	25	82	85	148	45	1230	—	562	27	4452	27	787	17	55	17	—	—	18	28	8	9	34	2818	—	2715	—																
Stettin	204	85	78	67	62	25	—	55	3636	47	830	65	916	85	84	02	159	20	1280	—	867	85	8588	57	90	04	46	25	—	—	16	74	1	2	89	8392	18	8178	26																
Wreslau	562	84	4800	—	—	—	—	—	4500	—	1562	50	1085	70	117	28	178	40	1280	—	520	67	4894	50	668	34	118	16	1	1	34	72	18	2	45	7081	77	6777	87																
Berlin	224	77	10000	—	119	—	—	170	10120	70	1865	45	1772	70	247	96	839	08	2460	—	707	41	7482	00	2802	87	242	5	1	2	17	151	5	110	94	88040	420	82957	836																
Dresden	255	21	4700	—	—	—	—	—	4700	—	1174	09	1480	65	89	25	315	90	1230	—	522	45	4762	48	192	78	100	24	1	1	8	182	1	28	56	12561	150	12275	167																
Leipzig	831	98	4700	—	59	05	—	—	4759	05	1581	89	1849	—	10	15	158	05	1230	—	461	18	4799	22	201	81	150	2	1	—	11	106	19	24	60	14027	654	18701	587																
Erfurt	516	94	8895	48	286	28	01	—	3926	29	1177	77	844	40	68	02	828	66	1280	—	260	77	8910	22	583	01	66	14	3	—	13	84	6	8	62	5218	92	4927	85																
Magdeburg	152	93	2541	86	—	—	—	—	2541	86	179	85	082	05	70	17	61	40	1230	—	184	55	2408	42	285	87	58	8	—	—	8	78	8	8	36	6288	28	5985	81																
Hamburg	81	43	8000	—	—	—	—	—	6000	—	1056	80	1590	55	92	10	148	98	2460	—	668	92	8011	35	20	08	116	4	2	1	7	136	11	32	66	17518	846	16587	248																
Hannover	76	84	2008	50	480	6	80	—	2019	60	480	—	858	65	40	15	165	22	1280	—	195	80	2914	82	80	62	101	13	1	2	27	98	15	29	45	9154	86	8970	47																
Qlisseldorf	778	28	5500	—	—	—	—	—	5500	—	1178	27	1090	40	252	—	128	89	2460	—	618	27	5725	88	652	45	142	14	8	—	7	152	17	11	58	8850	8	7888	2																
Frankfurt a. M. .	28	76	5100	—	—	—	—	—	5100	—	1008	55	876	85	50	85	114	45	2380	—	562	72	4988	22	135	54	96	42	1	—	12	140	8	5	68	9787	46	9880	47																
Kirnberg	—	22	2750	—	—	—	—	—	2750	—	788	80	868	85	95	27	54	22	1280	—	262	—	2748	64	158	88	18	—	2	18	46	8	6	40	7952	2008	7921	1837																	
München	452	11	8000	—	20	7	10	8027	10	454	45	585	90	70	85	100	87	1230	—	468	42	2859	99	619	22	62	17	—	2	28	26	28	2	41	5706	408	5644	885																	
Stuttgart	445	85	4800	—	10	24	05	4884	05	1082	67	265	—	28	20	114	68	2460	—	426	48	4971	98	808	07	159	7	1	1	12	115	15	29	92	8870	38	8918	87																	
Summa	4823	66	65888	04	562	05	82	31	69331	20	15972	60	15089	20	1303	47	2508	99	24520	—	6874	16	86268	51	7889	35	1608	221	15	9	236	1488	153	290	831	151602	4484	147768	8872																
Im 2. Halbj. 1909	3070	85	59606	15	981	30	141	00	60079	65	17248	35	12855	48	727	50	2211	19	24396	—	8892	87	69326	84	4828	66	1578	318	17	6	290	1271	186	208	825	147768	3872	143927	8005																
Im 1. Halbj. 1909	7507	55	68680	04	1510	06	127	14	68326	84	22888	16	18254	20	1589	42	2485	04	23840	—	5877	92	68864	04	8970	85	1950	824	10	7	7849	1170	182	179	814	143927	3005	140476	3020																

Im ersten Halbjahr 1910 ist die Gesamtausgabe der Gauvorstände 2942 Ml. höher als im zweiten Halbjahr 1909 (jedoch 2593 Ml. geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs), obwohl in der Berichtszeit für Diäten und Fahrtgelber für Referenten 1270 Ml. weniger ausgegeben sind. Die Mehrausgabe entfällt fast ausschließlich auf die infolge der Lohnbewegungen notwendigen Veranstaltungen der Gauvorstände. Bemerkt sei jedoch, daß auch durch die abgehaltenen Gauitage den Gauklassen eine Ausgabe von 1607 Ml. entstanden ist für Zuschüsse an finanziell schlechtgestellte Zahlstellen usw., wodurch sich eine abermalige Steigerung der „sonstigen Ausgaben“ ergeben hat. Diese Zuschüsse sind zum Teil von den Gauklassen nur ausgelegt, denn 588 Ml. sind hiervon durch die Zahlstellen bisher bereits zurückerstattet.

Die Zahl der von den Gauvorständen in den Zahlstellen veranstalteten Versammlungen ist um 30 höher, die in anderen Orten jedoch um 12 geringer als im zweiten

Halbjahr 1909. Trotzdem konnten 16 Zahlstellen neu gegründet werden; eingegangen sind 9 Zahlstellen. Die Zahl der Zahlstellen hat sich auf 881 erhöht.

Die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse drückt sich treffend dadurch aus, daß die Gewerbestände aus Anlaß von Lohnbewegungen 217mal mehr als im zweiten Halbjahr 1909 und 318mal mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres in Anspruch genommen wurden.

Die Steigerung der Zahl der Aufträge des Verbandsvorstandes beruht darauf, daß der Berliner Gaubevorstand ausläßlich der diesjährigen allgemeinen Tarifverhandlungen außergewöhnlich in Anspruch genommen werden mußte.

Die Mitgliederzahl in den Gauen ist weiter um 4986

Die Mitgliederzahl in den Gauen ist weiter um 4988, gleich 3,3 Proc. gestiegen. Esfreulich ist, daß an dieser Steigerung sämtliche Gau — nur der Gau Stuttgart

bildet eine Ausnahme — beteiligt sind. Für die einzelnen Gauen ergibt sich nach prozentualer Berechnung folgendes Bild:

Eine Mitgliederzunahme haben die Gau: Danzig 3,6, Gleiwitz 6,4, Breslau 3,5, Berlin 0,5, Dresden 2,2, Böhmen 8,1, Erfurt 5,8, Magdeburg 4,9, Hamburg 6,1, Hannover 2,5, Düsseldorf 6,3, Frankfurt 4,8, Nürnberg 8,2, München 1,4 Prog. Der Gau Stuttgart hat einen Mitgliederverlust von 0,5 Prog. Wiederum steht der Gau München an der Spitze.

Hausagitationen haben stattgefunden in den Gauen Dresden, Leipzig, Erfurt und Düsseldorf.

Die Zahlen der weiblichen und jugendlichen Mitglieder sind zusammengezählt. Die Gesamtzahl dieser ist um 31,5 Proz. gestiegen. Die Einzelmitglieder der Hauptklasse

Der Verband verstand.

